

KEINEN METER FÜR NAZIS



GRÜNE AKTIVITÄTEN GEGEN RECHTS
Seite 3 / 4

DEM ELTERNWILLEN ENTSPRECHEN



GESAMTSCHUL-INITIATIVEN IN DER REGION
Seite 7

VIER FÜR DEN BUNDESTAG



DIE GRÜNEN KANDIDATINNEN ZUR BUNDESTAGSWAHL
Seite 12 / 13

AUSSERDEM:

- GRUNDEINKOMMEN S. 6
- TEMPO 30 IN DER CITY S. 10
- SCHULPLANUNG S. 14

GRÜNE SEITEN



MITTEILUNGSBLATT VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER • MÄRZ 2009

Unter dem Leitmotiv „Europa sicher leben“ eröffnete Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Januar 2007 sein Arbeitsprogramm zur Europäischen Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik. In diesem Programm spiegelte sich unverkennbar die Schlagseite wider, die die europäische Innen- und Justizpolitik seit dem 11. September 2001 geprägt hat: Sicherheit durch Überwachung. Doch führt mehr Überwachung aller BürgerInnen überhaupt zu mehr Sicherheit? Wo liegt eigentlich die Grenze eines solchen Generalverdachts? Diese Fragen werden bewusst umgangen. Das Spiel mit der Angst wird es schon richten. Und in der unbeobachteten Ecke Brüsseler Hinterzimmerpolitik gibt der Erfolg Schäuble und seinen KollegInnen Recht: Fluggastdatenweitergabe, biometrische Pässe, Visa-Informationssystem, Vorratsdatenspeicherung und so weiter – all diese scharfen Maßnahmen wurden unter dem Eindruck der furchterregenden Terroranschläge von New York, Madrid und London entweder klammheimlich am Europäischen Parlament vorbei oder entgegen aller parlamentarischer Voten und Warnungen und unter enormem Zeitdruck durchgepeitscht. Es ist schon sehr verwunderlich: Ziehen sich gerade europäische Gesetzgebungsprozesse regelmäßig über viele Jahre hinweg, so werden hier – in sensibelsten grundrechtsrelevanten Bereichen – binnen weniger Monate höchst umstrittene Sicherheitsgesetze verabschiedet.

ORWELL STEHT VOR EUROPAS TOREN

Und das war erst der Anfang! Eine von Schäuble initiierte „Informal High Level Advisory Group on

FREIHEIT FÜR EUROPA!

Wenn die wahlberechtigten Menschen in Europa am 7. Juni ein neues Europaparlament wählen, dann wird zum ersten Mal auch die Innenpolitik im klassischen Sinn eine große Rolle spielen.

Jan Philipp Albrecht (26), niedersächsischer Kandidat auf der Grünen Bundesliste zur Europawahl, über das klare Grüne Profil für Bürgerrechte, Rechtsstaat und Freiheit in Europa.



AM 7. JUNI GRÜN WÄHLEN: FÜR EIN TRANSPARENTES EUROPA UND GEGEN DIE DURCHLEUCHTUNG DER PRIVATSPHÄRE.

FOTO: CC BY ALIBABAO VIA FLICKR.COM

the Future of European Home Affairs Policy“ (kurz: Future Group) hat bereits Empfehlungen für die EU-Sicherheitspolitik von 2010 bis 2014 entwickelt. Die Tendenz ist beängstigend. Die Verzahnung europäischer Überwachungssysteme mit denen der USA soll weiter vorangetrieben werden. Bis 2014 soll den US-Behörden umfangreicher Zugriff auf Personendaten europäischer BürgerInnen gegeben werden. Besondere Bemühungen um Datenschutz- und Datensicherheitsstandards finden sich darin nicht. Die Frage, welche Kreise

die Daten nach der Weitergabe ziehen könnten, ist noch immer nicht beantwortet. Weiterhin spricht sich die Future Group in ihrem Bericht für eine engere Verzahnung der Innenpolitik mit der Außenpolitik aus. Ein deutlich erweiterter Datenfluss zwischen den EU-Staaten sowie zwischen den EU-Staaten und Geheimdiensten inbegriffen. Ein Netzwerk von so genannten Antiterrorzentren soll vor allem durch Präventivmaßnahmen eine „Rekrutierung und Radikalisierung“ verhindern. Wortwörtlich fordert die Fu-

FORTSETZUNG: SEITE 2

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE!

Keinen Meter für Nazis. Das ist unser gemeinsames Ziel am 1. Mai in diesem Jahr in Hannover! Deswegen beteiligen wir uns an dem breiten Bündnis von Gruppen, Initiativen und Organisationen, die zusammen vielfältige Aktionen vor und am 1. Mai vorbereiten. Den Neonazis der „Freien Kameradschaften“, die an diesem Tag durch Hannover marschieren wollen, geben wir keinen Raum, um ihre rechtsradikalen und menschenverachtenden Parolen zu brüllen. Mit unserer Kampagne „SolidaRegion - Eine Gesellschaft für alle“ setzen wir uns als Grüne in der Region Hannover für eine solidarische Gemeinschaft ein in der niemand ausgeschlossen wird. Fremdenfeindlichkeit müssen wir deshalb gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen entschieden bekämpfen. Die Aktionen am 1. Mai sollen dafür ein deutliches Zeichen setzen.

Die Neonazis, die mit ihrem Fremdenhass für Übergriffe gegenüber Ausländerinnen und Ausländern verantwortlich sind, haben in Hannover nichts zu suchen. Wir zeigen Zivilcourage, damit Hannover weiterhin als weltoffene und tolerante Stadt gilt.

Wir rufen euch auf, gegen den Naziaufmarsch zu protestieren und zu demonstrieren. Beteiligt euch mit uns an den Aktionen gegen Rechts. Aktuelle Infos dazu findet ihr in diesen Grünen Seiten und unter www.gruene-hannover.de.

**BRIGITTE DEYDA & DIETER ALBRECHT
REGIONS-VORSITZENDE**

FORTSETZUNG VON SEITE 1

ture Group „neue und flexible Mittel der Abschiebung und der Überwachung“. Auch der Videoüberwachung soll dabei eine größere Bedeutung zukommen. EU-Sicherheitsbehörden wie EUROPOL, EUROJUST und FRONTEX sollen weiter ausgebaut werden, die Kontrollen der EU-Außengrenzen nach US-Vorbild technisch modernisiert werden. George Orwells Bild eines umfassenden Überwachungsstaates wird hier Stück für Stück Realität. Nicht nur die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten sowie zwischen innerer und äußerer Sicherheit, sondern auch das tragende Verhältnismäßigkeitsprinzip bei staatlichen Sicherheitsmaßnahmen wird im Spannungsfeld zwischen kollektiver Sicherheit und persönlicher Freiheit zunehmend geopfert. Eine umfassende Grundrechtsprüfung im Lichte der europäischen Verfassungen und eine unabhängige Evaluation anhand tatsächlicher Ermittlungserfolge finden nicht statt.

GUTE SICHERHEITSPOLITIK BRAUCHT GELD

Der Überwachungswahn ist der hilflose Versuch, die Versäumnisse der Politik in anderen Bereichen mit Brachialmethoden zu vertuschen. Terrorismus ist nicht Ursache, sondern Symptom einer Krankheit der Weltgemeinschaft. Das Fehlen dieser Erkenntnis entwickelt sich langsam aber si-

PLAKATIEREN FÜR EIN BESSERES EUROPA

Plakatierwochenende des Stadtverbandes Hannover am 18./19. April

Du möchtest dafür sorgen, dass die Grünen am 7. Juni bei der Europawahl ein starkes Ergebnis erzielen, dich körperlich an der frischen Luft betätigen, ein Wochenende mit netten Menschen verbringen und dabei gut verköstigt werden? Am 18./19. April sind wir beim Plakatierwochenende auf jede helfende Hand angewiesen. Es geht darum, alte Plakate von den Trägern zu entfernen, neue zu verkleben und aufzuhängen.

Los geht es am Samstag, den 18. April, um 10:00 Uhr im Lager in der Alten Speicherstraße 7 am Lindener Hafen.

HelferInnen melden sich bitte im Grünen Zentrum (Tel.: 0511-323314, Email: stadt@gruene-hannover.de)!

cher zu einer Gefahr für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat in Europa. Wie leicht die gewonnene Freiheit auch wieder verloren sein kann, zeigen die Erfahrungen der Weimarer Republik. Die unkontrollierte Dauerüberwachung Unverdächtiger darf deshalb kein Mittel der Sicherheitspolitik werden. Und die verlogene Mär von absoluter Sicherheit muss aus der Politik endlich verschwinden. Um nachhaltig für größtmögliche Sicherheit zu sorgen, müssen wir endlich an den Ursachen von Kriminalität und Terrorismus ansetzen. Und das bedeutet – so einfach es auch klingen mag – klare europäische und internationale Regelungen für Sozial- und Umweltstan-

dards, eine ausgeglichene und an klaren Prinzipien orientierte Außen- und Entwicklungspolitik, eine transparente Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat. All dies sind Dinge, für die wir Grünen im Europäischen Parlament eintreten werden. Die verbleibenden Aufgaben einer guten Innen- und Justizpolitik müssen sich darauf konzentrieren, vorhandene Ermittlungs- und Vollzugsdefizite auszugleichen und endlich mehr Geld in Justiz und Prävention zu investieren. Polizei und Sicherheitsbehörden in Europa kranken nicht an mangelnden Befugnissen, sondern vor allem an mangelnder Ausstattung in der Breite. Auf Kosten der BürgerInnen und ihrer Sicherheit.

Da nehmen sich die EU-Staaten untereinander wenig.

Die Entwicklung der EU hin zu einer Überwachungsunion ist daher auch Resultat einer rücksichtslosen Sparpolitik bei den Sicherheitsbehörden vor Ort. Stück für Stück bekommen wir die ständige Überwachung aller BürgerInnen, die nicht nur deren Privatsphäre, sondern mit ihr auch eine freie demokratische Öffentlichkeit unmittelbar gefährdet. Wir Grüne wollen deshalb, dass die europäischen Sicherheitsgesetze der letzten Jahre wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Wir wollen, dass die Grundrechte in der EU nicht nur verbindlich gelten, sondern auch direkt von jedem und jeder betroffenen BürgerIn gerichtlich durchgesetzt werden können. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie notwendig gerichtlicher Rechtsschutz vor allem gegen die gefährlichen Auswüchse einer falschen Sicherheitspolitik ist. Umso bedeutender ist es, dass derzeit über 34.000 Menschen vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen die europaweite Vorratsdatenspeicherung eingelegt haben. Es ist an der Zeit, dass die BürgerInnen in Europa endlich direkt für Bürgerrechte, Demokratie und Freiheit eintreten. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise.

JAN PHILIPP ALBRECHT
mail@
janphilippalbrecht.de



TERMINE ZUR EUROPAWAHL

Im Vorfeld der Europawahl findet eine Vielzahl von interessanten Veranstaltungen statt. Wer den Wahlkampf selbst mitgestalten möchte ist herzlich eingeladen, an den regelmäßigen offenen Wahlkampftreffen im Grünen Zentrum teilzunehmen.

- 20. März, 12:00 Uhr: Equal Pay Day**
Kundgebung auf dem Opernplatz, Hannover
- 24. März, 18:30 Uhr: Offenes Wahlkampftreffen**
Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover
- 13. April, 21:00 Uhr: Rock gegen Rechts**
Party der Grünen Jugend im Béi Chéz Heinz, Liepmannstr. 7b, Hannover
- 18. & 19. April, 10:00 Uhr: Plakatierwochenende des Stadtverbandes**
Alte Speicherstr. 7, Hannover
- 23. April, 18:30 Uhr: Offenes Wahlkampftreffen**
Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover
- 24. April, 18:00 Uhr: Der Grüne New Deal**
Vortrag und Diskussion mit Sven Giegold, Mensa der IGS, Konrad-Adenauer-Str. 21/23, Langenhagen
- 24. April, 18:00 Uhr: Grüne Leinwand Spezial: „Stolperstein“**
Apollo-Kino, Limmerstr. 50, Hannover

- 27. April, 17:00 Uhr: Nazis in Europa**
Podiumsdiskussion, Pavillon, Lister Meile 4, Hannover
- 28. April, 18:00 Uhr: Grüne Leinwand Spezial: „Stolperstein“**
Apollo-Kino, Limmerstr. 50, Hannover
- 09. Mai, 20:00 Uhr: Yes We Dance!**
Grüne Wahlkampfparty in Burgdorf
- 14. Mai: Wahlkampfveranstaltung mit Reinhard Bütikofer**
Hannover
- 17. Mai, 10:00 Uhr: Autofreier Sonntag und Solarfest**
Hannover
- 19. Mai: Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit**
Hannover
- 07. Juni: Europawahl**

Weitere Termine stets aktuell unter www.gruene-hannover.de/wahlen_2009

Der GRÜNE New Deal zeigt einen wirtschafts- und sozialpolitischen Weg aus der derzeitigen Wirtschaftskrise, die nicht nur Europa und andere Industrienationen heimsucht. Die Krise ist außerdem eng verknüpft mit der dramatischen Situation der weltweiten Nahrungsmittelversorgung und des Klimas. Unser Vorschlag für einen Ausweg fordert deshalb, Ressourcen neu zu verteilen und dabei einen guten Ausgleich zwischen Umwelt-, Wirtschafts-, und Sozialpolitik zu schaffen.

Geldgeschenke für Autokäufe und die Rettung von Banken, die ihren Aktionären immer noch hohe Dividenden auszahlen können sind nicht der Weg aus der Krise. Wir greifen nicht die Grundidee "Wachstum" unseres Wirtschaftssystems an, aber wir benötigen grundlegende Änderungen und sinnvolle Investitionen, zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien. Bereits jetzt ist dieser Sektor bei uns einer der wachstumsstärksten und hat viele Arbeitsplätze geschaffen. Seit Jahren singen wir dieses Lied - wie schön wäre es, wenn es endlich zu einem politischen Hit werden würde. Ebenso wichtig ist es, dass Banken in Zukunft keine „Luftblasengeschäfte“ mehr mit Geld ohne Gegenwert führen

NEUVERTEILUNG IN GRÜN

Der Grüne New Deal taucht seit seiner Vorstellung Ende letzten Jahres immer öfter auch in der Öffentlichkeit auf und steht im Mittelpunkt des Grünen Wahlprogramms zur Europawahl. Der Begriff ist angelehnt an das „New Deal“-Programm des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, das in den 1930er Jahren die USA aus der Weltwirtschaftskrise führte.



WIR MACHEN DAS KLAR.

FOTO: CC BY GRÜNE BADEN-WÜRTTEMBERG VIA FLICKR.COM

können. Deshalb fordern wir eine stärkere Finanzmarktaufsicht, die tätig wird, sobald sich Probleme abzeichnen und nicht erst, wenn einer Bank nach der anderen das

Geld ausgeht, weil zu viel mit ungedeckten Krediten gehandelt wurde. Eine wirksame Neuverteilung bedeutet auch, mehr Geld in Bildung zu stecken. Was

wäre eine Wissensgesellschaft ohne Wissende? Dazu gehört es auch, Verbraucherinnen und Verbraucher mit den notwendigen Informationen zu versorgen, die sie benötigen, um verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen zu können. "Verantwortungsbewusst" heißt in diesem Fall zum Beispiel darauf zu achten, unter welchen Bedingungen ein Produkt hergestellt wurde.

Diese Informationspolitik gilt auch für die Finanzwirtschaft. Sie muss mit klaren Regeln in die richtigen Bahnen gelenkt und transparenter gestaltet werden, um den Bürgerinnen und Bürgern eine echte Wahl an Finanzprodukten zu ermöglichen. Regulierung bedeutet dabei für uns aber nicht, die Wirtschaft bewegungsunfähig zu machen.

Der GRÜNE New Deal vereint unseren Anspruch, die Gesellschaft und Wirtschaft ökologisch und sozial zu gestalten. Er ist somit eine Chance, Europa fit für die Zukunft zu machen.

Weitere Informationen zum Grünen Europawahlprogramm unter gruene.de/europawahlkampf

CAROLIN FRIEDEMANN

carolin.friedemann@hotmail.de



NAZIS IN EUROPA

Einladung zur Info- und Diskussionsveranstaltung am 27. April



DEMONSTRATION GEGEN NAZIS IM SEPTEMBER 2007

FOTO: HERBERT HOPPE

Das Phänomen Rechtsextremismus und Antisemitismus lässt sich geographisch

nicht eingrenzen. So widersprüchlich es klingen mag, dass sich extrem national denkende

Kräfte international vernetzen - zu Gedenktagen, Demonstrationen und Kongressen kommen Rechtsextremisten aus ganz Europa zusammen. Und auch das schnelle Auseinanderbrechen der 2007 gegründeten rechtsextremen Fraktion ITS („Identität, Tradition, Solidarität“) im Europaparlament darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die extreme Rechte ihre europaweite Vernetzung weiter vorantreibt. So streben Rechtsextremisten im Hinblick auf die Europawahl 2009 die Gründung einer „Internationalen der Nationalen“ an, eine Allianz der reaktionären und rechtsgerichteten Kräfte in Europa. Ihr Ziel ist eine möglichst starke Gruppierung im Europaparlament zu stellen.

Mit einer Diskussionsveranstaltung der Grünen Hannover werden die europäischen Strukturen und Strategien der extremen Rechten thematisiert: Welche Ideologie verbindet Rechtsextremisten in Europa, wie arbeiten sie

länderübergreifend zusammen und welche Gefahren gehen davon aus?

Podiumsgäste:

- **Moderation: Sven-Christian Kindler** (Europakandidat, Sprecher Grüne Jugend Niedersachsen)
- **Jan Philipp Albrecht** (Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen)
- **Rena Kenzo** (Autorin, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus)
- **André Aden** (Netzwerk Recherche Nord)
- **Dr. Thomas Grumke** (Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter für den Bereich Rechtsextremismus Abt. Verfassungsschutz im Innenministerium NRW)

Montag, 27. April 2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, Hannover

Bundesweit mobilisieren sogenannte Freie Kameradschaften für ihren „Arbeiterkampftag“ am 1. Mai in Hannover. Angesagt haben sich hier zu rund tausend Rechtsextreme, viele aus dem gewaltbereiten Spektrum der autonomen Nationalisten. Sie wollen den Tag der Arbeit für ihre faschistische und fremdenfeindliche Propaganda missbrauchen. Angemeldet wurde ein Demonstrationszug vom ZOB in den von alternativen Lebenseinstellungen und einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund geprägten Stadtteil Linden.

BREITES BÜNDNIS

Unter dem Motto „Bunt statt braun – Keinen Meter! Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch“ hat sich ein breites Bündnis aus demokratischen Kräften zusammen geschlossen, um den Nazis am 1. Mai die Stadt nicht zu überlassen. Neben Gewerkschaften, anderen Parteien und antifaschistischen Initiativen wirken auch wir Grünen in diesem Bündnis mit. Wir werden vor und am 1. Mai dafür sorgen, dass die Nazis in Hannover im wahrsten Sinne keinen Meter bekommen. Ähnlich wie beim Anti-Islamkongress von RechtsextremistInnen in Köln ist das Ziel, durch die reine Masse an GegendemonstrantInnen zu erreichen, dass die Nazis nicht durch die Stadt marschieren können. Hierfür wird es ab 11:00 Uhr in der Nähe des ZOB drei zentrale Sammelpunkte geben, um die Nazis vor Ort zu umzingeln. In den kommenden Wochen werden wir alles daran setzen, möglichst viele Menschen für diese Aktion zu mobilisieren.

Darüber hinaus wird es am gesamten 1. Mai in Hannover verschiedene Aktionen und Demonstrationen geben. Um 9:30 Uhr starten vom Freizeitheim Linden, dem Freizeitheim Vahrenwald und dem Lister Platz Sternmärsche der Gewerkschaften, die zum „Fest der Demokratie“ auf dem Klagesmarkt führen. Ein weiterer Demonstrationszug kommt aus Linden-Limmer vom Bündnis „Linden gegen Nazis“ in die Innenstadt.

INFO-VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN IM VORFELD

Bereits im Vorfeld zum 1. Mai werden wir mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen gegen Rechts präsent sein. Die

KEINEN METER FÜR NAZIS

Mit Veranstaltungen vor und am 1. Mai demonstrieren Grüne gemeinsam mit zahlreichen BündnispartnerInnen gegen Rechtsextremismus.



EIN BREITES BÜNDNIS RUFT ZUM WIDERSTAND GEGEN DEN GEPLANTEN NAZIAUFMARSCH AUF.

FOTO: HERBERT HOPPE

Grüne Stadtteilgruppe Vahrenwald-List hat zusammen mit anderen BündnispartnerInnen die Aktion „Deine Hand gegen Rechts“ gestartet. Durch einen bunten Händeabdruck auf einem Transparent kann jedeR Farbe bekennen und deutlich machen: Ich bin gegen Rechts und will keine Nazis in meiner Stadt! Am 29. April sollen die mit bunten Händen bedruckten Transparente zu einer langen Kette auf der Lister Meile zusammengeführt

werden. Die Grüne Jugend lädt am Ostermontag (13. April) ab 21 Uhr im Béi Chéz Heinz zur Party „Rock gegen Rechts“. Am 24. und am 28. April wird jeweils um 18:00 Uhr im Rahmen von zwei „Grüne Leinwand Spezial“-Veranstaltungen der Film „Stolperstein“ im Apollo-Kino gezeigt (Limmerstr. 50). Der Film ist eine Mischung aus einem Roadmovie und einem Porträt des Konzeptkünstlers Gunter Demnig, der mittlerweile über

15.000 Namen von Nazi-Opfern in die Bürgersteige Deutschlands und Europas einbetoniert hat. Der Grüne Stadtverband lädt am 27. April um 17:00 Uhr zur Info- und Diskussionsveranstaltung „Nazis in Europa“ im Pavillon am Raschplatz ein (Artikel auf Seite 3). Gerade auch im Hinblick auf die Europawahl am 7. Juni möchten wir mit verschiedenen ExpertInnen die aktuellen Entwicklungen und Strategien der extremen Rechten in Europa diskutieren.

Zwei Tage vor dem 1. Mai bietet Silke Stokar, innenpolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, am 29. April um 18:00 Uhr im Freizeitheim Linden (Windheimstr. 4) eine Informationsveranstaltung zum Thema Demorechte an. Es werden Fragen behandelt wie: Welche Rechte habe ich als DemonstrantIn? Welche Rechte hat die Polizei? An wen kann ich mich wenden, wenn meine Rechte verletzt werden?

GRÜNE PLANUNGSTREFFEN BEI PETRA K.

Um die grünen Aktivitäten gegen Rechts zu bündeln und weitere Projekte ins Rollen zu bringen, finden regelmäßig grüne Planungstreffen gegen Rechts im Petra K.-Klub (Senior-Blumenberg-Gang 1) statt. Der nächste Termin ist am Donnerstag, den 19. März, um 19:00 Uhr.

Aktuelle Infos rund um den 1. Mai und den Terminen im Vorfeld gibt es online unter www.gruenehannover.de/1_mai.

BUNT STATT BRAUN

Keinen Meter! Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch! - Der Aufruf des Bündnisses gegen den Naziaufmarsch:

Am 1. Mai 2009 wollen in Hannover Neonazis der „Freien Kameradschaften“ mit der NPD aufmarschieren. Sie wollen den Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung dazu nutzen, um ihr faschistisches Gedankengut zu verbreiten.

Sie reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Sie geben sich als Vorkämpfer für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus und tarnen dabei nur ihren Hass auf Demo-

kratie und Andersdenkende. Sie werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“ und meinen dabei eine faschistische Diktatur. Sie verherrlichen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Täglich werden Menschen in Deutschland Opfer rechter Gewalt. Für die Zunahme rechts-extremistischer Straftaten sind die „Freien Kameradschaften“ maßgeblich verantwortlich. Über 1.000 ihrer Anhänger und Anhängerinnen haben sich dieses Jahr am 1. Mai für Hannover angekün-

digt. Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin!

Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft. Der extremen Rechten und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Wir rufen alle Menschen auf, gemeinsam mit uns friedlich gegen den Naziaufmarsch zu protestieren und zu demonstrieren. Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern!

NEUE GESICHTER

Im Büro der Grünen Regionsfraktion hat es einige Veränderungen gegeben: Sabine Nolte und Katja Busch wechselten in die Regionsverwaltung. Ihre Plätze nehmen Norman Seibert und Dirk Musfeldt ein.



NORMAN SEIBERT

Aus Göttingen gekommen, arbeite ich seit Juni 2008 in der Regionsfraktionsgeschäftsstelle. Davor habe ich mein Geld als freier Journalist und Lektor verdient.

Ich bin 41 Jahre alt, ledig und lebe seit dem letzten Jahr in Linden. In der Geschäftsstelle bin ich verantwortlich für die Bereiche Soziales, Gesundheit, Integration und Migration, Jugend, Schule, Kultur und Sport.

Viele dieser Bereiche haben mich schon während meines beruflichen Lebens begleitet. Seit 2007 bin ich Mitglied im Stadtverband der Grünen.

Besonders spannend an meinen Ressorts finde ich deren Komplexität und ihre inhaltlichen Verknüpfungspunkte.

Neben meiner Arbeit als Referent habe ich ein besonderes Faible für Sport und Geschichte.



DIRK MUSFELDT

Ich bin der jüngste Neuzugang beim Team der Regionsfraktionsgeschäftsstelle. Als Diplom-Informatiker habe ich bisher mein Geld in einem kleinen Software-Unternehmen verdient, dessen Vorläufer ich gemeinsam mit Studienkollegen gegründet habe.

Ich bin 41 Jahre alt, habe zwei Kinder von 11 und 14 Jahren und lebe im Langenhagener Stadtteil Kaltenweide. Seit 1988 mache ich Politik in der grünen Stadtratsfraktion Langenhagen, den größeren Teil davon als Ratsmitglied. Aktuell bin ich Fraktionsvorsitzender und zweiter stellvertretender Bürgermeister. Besonders interessiert haben mich immer die Stadtplanung, der Verkehrsbereich und die Finanzen. Ich finde es spannend, meine Qualifikationen aus der Ratsarbeit jetzt in einer neuen Position beruflich einzusetzen und freue mich auf die Arbeit für die Regionsfraktion.

BEI PETRA K. IST IMMER WAS LOS

Hannovers Grüner Club öffnet seinen Kühlschrank weiterhin spontan nach Veranstaltungen im Grünen Zentrum und zu speziellen Terminen.



BEI PETRA K. IST PLATZ FÜR SPASS UND DISKUSSIONEN.

Sowohl zum geselligen Beisammensein, als auch für ernsthafte Diskussionen hat sich der Petra K. Club im Keller des Senior-Blumenberg-Gang 1 inzwischen bewährt. Und auch die nächsten beiden Veranstaltungen versprechen wieder spannende und unterhaltsame Abende.

DISKUSSION

Freitag, 27. März ab 17:00 Uhr: Zwischen Stimmvieh und Selbstverwirklichung: Welchen Auftrag haben Delegierte auf Parteitag? - Wie stimme ich als DelegierteR auf Landes- oder Bundesdelegiertenkonferenzen ab? Wem bin ich verpflichtet? Alle Interessierten, und natürlich alle aktuellen, ehemaligen und

zukünftigen Delegierten sind herzlich eingeladen, bei einem Getränk mitzudiskutieren!

FILMABEND

Donnerstag, 2. April ab 18:00 Uhr: 25 Jahre Grüne Bundestagsfraktion: Vor 25 Jahren zogen die Grünen erstmals in den deutschen Bundestag ein. Diese Zeit wurde jetzt in einem Film dokumentiert.

Petra K. lädt ein zu einem Abend mit Dokumentarfilm und Anekdoten aus dem Bundestag mit unserer Abgeordneten Silke Stokar.

Bei Petra K.
(im Grünen Zentrum)
Senior-Blumenberg-Gang 1
30451 Hannover

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES REGIONSVERBANDS ZUM BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM

Am 16. April ab 18:30 Uhr in der Üstra-Remise

Die nächste Mitgliederversammlung des Grünen Regionsverbands findet am Donnerstag den 16. April ab 18:30 Uhr in der Üstra-Remise, Goethestraße 9 in Hannover, statt.

Die Üstra-Remise ist vom Hauptbahnhof mit den Stadt-

bahnlinien 10 und 17 (Haltestelle Clevertor) oder in ca. 10 Minuten zu Fuß zu erreichen.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung wird das Grüne Bundestagswahlprogramm 2009 stehen, das auf der BDK am 8. bis 10. Mai beschlossen werden soll. Den Programmwurf fin-

det Ihr im Internet unter www.gruene.de.

Änderungsanträge durch den Regionsverband sollen auf der MV am 16.4. beschlossen werden. Deshalb ist es wichtig, dass sie den Mitgliedern bereits im Vorfeld bekannt sind. Wenn Ihr auf der Mitgliederversammlung Anträge

zum Bundestagswahlprogramm einbringen möchtet, meldet Euch deshalb möglichst schon im Vorfeld in der Geschäftsstelle des Regionsverbands.

Kontakt:
0511 / 300 88 66
region@gruene-hannover.de

Die Vorbereitungen für die Aktionen gegen Rechts laufen seit Monaten und wie es aussieht, wird es am 1. Mai eine eindruckliche Demonstration gegen diesen rechten Spuk geben. Das ist absolut richtig und wichtig, denn wir dürfen die Straße auf keinen Fall den Rechten überlassen. Allerdings muss uns dabei klar sein, dass wir damit an Symptomen rumdoktern – nicht an den Ursachen.

Natürlich gibt es nicht den EINEN Grund, warum Menschen sich von diesem Staat abwenden. Aber ein wesentlicher Punkt ist mit Sicherheit die „soziale Frage“, die sich gerade jetzt, wo wir am Anfang einer schweren Wirtschaftskrise stehen, für immer mehr Menschen als unerträglich darstellt.

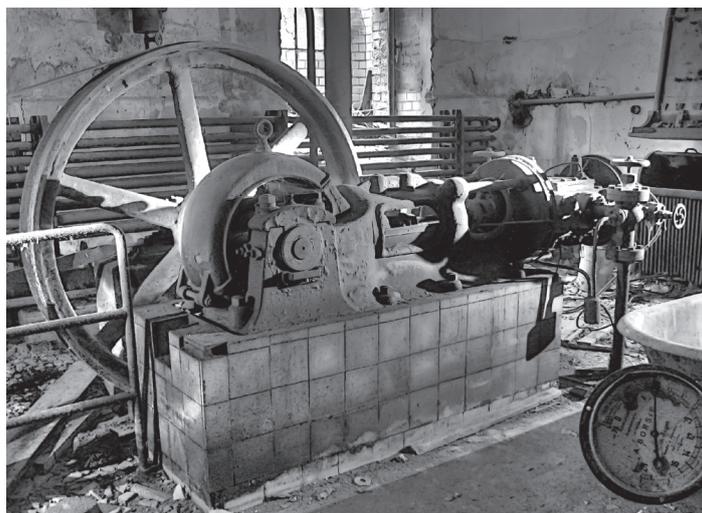
Unser Sozial- und Arbeitssystem stammt aus dem 19. Jahrhundert, aus jener Zeit stammt auch der Kinderglaube an ein „ewiges Wachstum“, was eine essenzielle Grundlage für eben dieses Sozial- und Arbeitssystem ist. Der damals entstandene sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz verknüpfte die soziale Existenz eines Menschen mit einem zwingend notwendigen Arbeitsplatz. Und damit jedes Mitglied unserer Gemeinschaft sozial teilhaben kann, benötigen wir ein immerwährendes Wachstum, um die Rationalisierungseffekte auszugleichen und um genügend Arbeitsplätze vorzuhalten. Viele Menschen spüren heute, dass es ein „unendliches Wachstum“ nicht geben kann – nur die Politik, und die Wirtschafts-„Weisen“ halten daran fest.

Bei der letzten großen Wirtschaftskrise 1929 gingen uns erstmalig massiv sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Hitler kam unter anderem an die Macht, weil er Arbeitsplätze versprach. Heute wissen wir, wie das ging: Durch die Vorbereitung auf einen Krieg. Danach haben wir sechs Jahre lange alles getan, um Europa zu zerstören – und brauchten danach 25 Jahre, um alles wieder aufzubauen. Hier konnte die wachstumsbasierte Wirtschaft noch einmal eindrucklich zeigen was sie kann. Und seit Anfang der 70er Jahre haben wir wieder das gleiche Problem: Die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze gehen uns aus.

40 Jahre haben wir nahezu alles probiert, was es zu probieren gibt.

EIN NEUES MODELL VON GEMEINSCHAFT

Ein Grund für den Erfolg von rechtsextremen Gruppierungen ist die soziale Schieflage. Ein Mittel im Kampf gegen Rechts könnte deshalb das bedingungslose Grundeinkommen sein. Ein Plädoyer von Christopher Bodirsky.



DIE ARBEITSWELT DES 19. JAHRHUNDERTS: INDUSTRIERUINE IN BRANDENBURG.

FOTO: CC BY SNAPSI42 VIA FLICKR.COM

Wir haben in dieser Zeit ca. 150 Zuschüsse, Beihilfen und sonstige Zahlungen eingerichtet, die von annähernd 50 verschiedenen Behörden ausbezahlt werden. Wen wundert's, dass dieses System widersprüchlich, ungerecht und undurchschaubar geworden ist? Zuletzt haben wir mit den Hartz-Gesetzen ein irrwitziges, typisch deutsches Überwachungs- und Kontrollsystem eingerichtet, welches Menschen erniedrigt, ihnen immer wieder die Botschaft eintrichtert „Du bist nichts Wert, wir können Dich nicht gebrauchen“. Und dazu kommt noch himelschreiendes Unrecht. Wenn ausgerechnet den Menschen, die auf die Politiker gehört und privat vorgesorgt haben, im Notfall eben diese private Vorsorge weggenommen wird, und sie sich somit schlechter stellen als Menschen, die alles Geld ausgegeben haben, generiert man ohnmächtige Wut. Und damit arbeiten wir den Rechten in die Hände.

Es wird Zeit, dass wir nach 40 Jahren endlich wirklich neue Wege gehen, Wege und Lösungen für das 21. Jahrhundert

finden und nicht alles tun, um die Arbeitswelt des 19. Jahrhunderts zu konservieren! Ideen gibt es dazu genug – wie die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Wer jetzt die Augen verdreht, kennt wahrscheinlich nur das Modell von Götz Werner und verwendet es liebevoll als Begründung, dass ein BGE unsozial, utopisch und nicht zu bezahlen ist und man sich daher mit dieser verrückten Idee nicht weiter zu beschäftigen braucht. Diese Menschen ignorieren, dass es inzwischen eine Vielzahl von Modellen gibt, natürlich auch aus unseren Reihen, die nachhaltig, bezahlbar und sozial sind.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nämlich viel mehr, als nur ein Ersatz für Hartz IV: Es ist ein komplett neues Modell von „Gemeinschaft“ – und es setzt nicht zwingend Wachstum voraus. Und schon allein dieser letzte Punkt macht es für uns Grüne so reizvoll. Denn momentan erkennen wir, dass unser derzeitiges Wirtschaftssystem ohne Wachstum nicht leben kann – und mit grenzenlosem

Wachstum geht unsere Erde vor die Hunde – prima Perspektive! Es wird Zeit, dass wir das auf der BDK in Nürnberg beschlossene rückwärts gewandte Modell „Hartz IV – XXL“ beerdigen und den Menschen etwas bieten, was wirklich innovativ, zukunftsorientiert und gerecht ist. Wir müssen und können den Menschen eine realistische (!) Vision bieten, die Hoffnungen wecken kann und geeignet ist, dass mehr Menschen diesen Staat wieder als IHREN Staat ansehen – und dass es sich daher lohnt, diesen Staat zu verteidigen! Und wenn es um realistische Visionen geht – wer soll die denn entwerfen, wenn nicht wir Grünen? In Finnland und Irland werden derartige Ideen mit Beteiligung der Grünen entwickelt, in Österreich wird ein BGE als entscheidendes Hilfsmittel für die Gleichberechtigung der Frauen diskutiert – in Deutschland verhindert eine falsch verstandene Loyalität zur verflorenen rot-grünen Bundesregierung und den damals handelnden Personen, dass wir neue Ideen aufgreifen.

Menschen, die einen Staat als ungerecht, willkürlich und perspektivlos erleben, verabschieden sich von diesem Staat – und man kann ihnen kaum böse sein, denn hier versagt die Politik! Und wie nach jeder Wahl werden auch Grüne Politiker am Wahlabend wieder erschrocken formulieren, dass wir endlich mehr gegen Rechts tun müssen. Dann lasst uns aber auch wirklich NEUE Perspektiven entwickeln, lasst uns an einem Modell für einen wirklich emanzipatorischen Staat arbeiten, lasst uns an einem Modell für eine Gemeinschaft arbeiten, die es ermöglicht, dass sich wieder mehr Menschen mit diesem Staat identifizieren können und wir somit auch inhaltlich eine wirkliche Alternative gegen Rechts bieten können – bevor es zu spät ist!

Ich habe in der letzten Zeit Vorträge zu den verschiedenen BGE-Modellen in Nürnberg, Berlin, Erlangen und Hannover gehalten. Ich stehe gerne für Vorträge zur Verfügung, egal ob mit 5 oder 100 Leuten, und ich brauche keine Technik – nur ein Glas Wasser.

**CHRISTOPHER
BODIRSKY**

info@bodirsky-systeme.de



Das Lehrter Beispiel (siehe Kasten) zeigt, welche Steine den Kommunen bei der Neugründung von Gesamtschulen in den Weg gelegt werden. Die Grüne Landesdelegiertenkonferenz in Winsen/Luhe hat die Landesregierung deshalb aufgefordert, ihre Gesamtschul-Verhinderungspolitik endlich aufzugeben und neue Gesamtschulen überall dort zu genehmigen, wo eine mindestens dreizügige Gesamtschule eingerichtet werden kann. Die Neugründung von Gesamtschulen muss auch als Ersatz für das überkommene gegliederte Schulsystem zugelassen werden.

Die neu gegründeten Gesamtschulen müssen als echte Ganztagschulen ausgestattet werden, inklusive der dafür erforderlichen LehrerInnen-Stunden. Dazu gehört auch ein gesundes Mittagessen für alle Schülerinnen und Schüler. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien dürfen dabei nicht länger dadurch diskriminiert werden, dass ihnen die Teilnahme am Mittagessen verwehrt wird, weil ihre Eltern dieses nicht bezahlen können. Wir fordern, dass allen Kindern unbürokratisch die

ENDLICH DEM ELTERNWILLEN ENTSPRECHEN!

Auf Antrag des Regionsverbands forderte die LDK in Winsen/Luhe die Landesregierung auf, die hohen Hürden für neue Gesamtschulen abzubauen. In der gesamten Region kämpfen Grüne in den Räten und in Elterninitiativen gegen diese Hürden und für neue Gesamtschulen.

Teilnahme am Mittagstisch ihrer Schule ermöglicht wird.

Die zwischen 2003 und 2008 stetig ansteigenden Anmeldezahlen an den niedersächsischen Gesamtschulen sind ein Beleg für die Abwahl des gegliederten Schulsystems in Niedersachsen. Fast 3.100 Bewerberinnen und Bewerber vor allem an Integrierten Gesamtschulen mussten im Sommer 2008 aufgrund mangelnder Kapazitäten abgelehnt werden. An manchen Standorten konnte nicht einmal jede zweite Bewerbung berücksichtigt werden. Nach massiven Elternprotesten hat die Landesregierung im Sommer 2008 die Neugründung

von Gesamtschulen endlich wieder zugelassen. Dabei wurden jedoch so hohe Hürden aufgebaut, dass neue Gesamtschulen vor allem im ländlichen Raum faktisch weiterhin verhindert werden.

So muss etwa das gegliederte Schulsystem im jeweiligen Landkreis vollständig erhalten bleiben. Neue Gesamtschulen dürfen nur dann genehmigt werden, wenn sie mindestens fünfzünftig sind, sich also mindestens 130 Eltern selbst des aktuellen ersten Schuljahres für eine Gesamtschule aussprechen.

Statt dessen fordern wir, neue Gesamtschulen schon ab einer Drei-

zügigkeit zuzulassen, unabhängig davon, ob das alte gegliederte System parallel erhalten bleiben kann. Gerade in ländlichen Räumen ist die Gesamtschule angesichts des demografischen Wandels vielfach die einzige Möglichkeit, ein vollständiges Schulangebot wohnortnah zu sichern. Deshalb müssen auch Ausnahmen von der Dreizügigkeit zugelassen werden.

Vor allem Integrierte Gesamtschulen sind aufgrund ihres pädagogischen Konzepts zwingend darauf angewiesen, einen pädagogisch hochwertigen Nachmittagsunterricht anbieten zu können. Die Landesregierung verweigert den neuen Integrierten Gesamtschulen jedoch die dafür erforderlichen Ressourcen und benachteiligt sie damit nicht nur gegenüber den bestehenden Gesamtschulen, sondern macht ihnen die Arbeit faktisch unmöglich.

Wir fordern, dass alle niedersächsischen Schulen so schnell wie möglich als echte Ganztagschulen eingerichtet und mit den entsprechenden personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden.

EINE NEUE IGS FÜR LEHRTE

...oder wie die Latte für eine Gesamtschulgründung immer höher gelegt wird. Ein Bericht von Ronald Schütz, Grüner Fraktionsvorsitzender im Lehrter Rat.

Sofort nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung das Neugründungsverbot für Integrierte Gesamtschulen aufgehoben hatte, gründete sich in Lehrte die "Bürgerinitiative für eine Gesamtschule in Lehrte" (BiGiL: www.bigil.de) mit einer Menge grünem Schwung und mischte sich sofort aktiv in das kommunalpolitische Geschehen ein. Der rot-grüne Rat in Lehrte hat nach Prüfung, welche Standorte sich für eine IGS eignen würden, umgehend eine Elternbefragung in Auftrag gegeben. Die BiGiL gestaltete alle einzelnen Elterninformationsabende mit Sach- und Fachverstand mit. Sehr schnell wurde klar, dass die Neugründung einer solchen Schule nur mit den Eltern, den entsprechenden KollegInnen an der Schule und dem Rat der Stadt vorangetrieben werden

kann. Die Haupt- und Realschule (HRS) am Ried schien dafür sehr gut geeignet, weil sie bereits im gebundenen Ganztagsbetrieb mit Mensaverpflegung arbeitet und sich die Mehrzahl des Kollegiums für die Umwandlung in eine IGS ausgesprochen hatte.

Die Elternbefragung ging erfreulich aus, denn bei den befragten ersten vier Klassen der Grundschulen und des letzten Kindergartenjahres ergab sich für die nächsten Jahre eine Fünfzügigkeit, wie von der Landesregierung gefordert. Der Antrag auf Neugründung konnte also bei der Landesschulbehörde gestellt werden.

Von nun an gab es nur noch stürmischen Gegenwind von der Landes-CDU und der CDU vor Ort. Das Land genehmigte zwar die IGS, aber nur im offenen Ganztagsbetrieb, also ohne zu-

sätzliche LehrerInnenstunden. Der Lehrter CDU passte nun auch der Standort im Ortsteil Hämelerwald nicht mehr.

Rot-Grün in Lehrte musste nun entscheiden, ob die Genehmigung zurückgegeben werden sollte, weil die LehrerInnen-ausstattung der existierenden gebundenen Ganztagschule durch die Neugründung der IGS dramatisch nach unten gefahren würde. Die Planungsgruppe entwickelte daraufhin ein pädagogisches Modell, das durch geschickte Organisationsformen sowie LehrerInnen-, Eltern- und SchülerInneneinsatz einen teilweise gebundenen Betrieb mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht ermöglichen sollte.

Dieses Modell wurde von der Landesschulbehörde abgelehnt, weil es angeblich nicht der Erlasslage entspricht. Hierdurch ist

nur freiwilliger Unterricht am Nachmittag möglich. Es stellte sich zum Schluss also die Frage, diese Einschränkungen und Verschlechterungen gegenüber dem Ganztagsbetrieb in der HRS zugunsten der Neugründung einer IGS hinzunehmen oder nicht.

Wir haben uns dafür entschieden, weil die Schulform IGS überragende Vorteile gegenüber dem klassischen System hat, auch wenn es die Stadt bei vollem Betrieb jedes Jahr 90.000 Euro kostet, weil das Land nicht das zahlt, wozu es verpflichtet ist.

Hinzu kommt nun auch noch das Abitur nach 12 Jahren für alle Gesamtschulen. Die Hürden werden immer größer!

RONALD SCHÜTZ

schuetz
@gruene-hannover.de



AUS DEM BUNDESTAG

BAHN-BEDIENSTETE MASSENHAFT BESPIZELT

Die Große Koalition hat oft genug angekündigt, den Arbeitnehmer-Datenschutz zu stärken, geschehen ist bislang gar nichts. Die grüne Bundestagsfraktion hat bereits im Mai 2008 einen umfassenden Antrag dazu in den Bundestag eingebracht und wird nun nicht länger auf einen Gesetzentwurf der großen Koalition warten. Wir werden nicht länger hinnehmen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massenhaft bespitzelt und überwacht werden. Die Deutsche Bahn AG ist ein privatisiertes Staatsunternehmen. Wir erwarten jetzt von Minister Tiefensee die Übernahme seiner Verantwortung. Er muss umgehend eine externe Ermittlungsgruppe einsetzen. Sie soll alle Aufträge unter die Lupe nehmen, die die Deutsche Bahn AG an die umstrittene Detektei Network Deutschland vergeben hat. Bereits im Zuge der Telekom-Affäre 2008 wurde bekannt, dass die Deutsche Bahn AG in 43 Fällen mit der Detektei Network Deutschland zusammengearbeitet hat. Als ersten Schritt fordern wir eine pauschale Entschädigung von 100 Euro für alle Betroffenen.

ARBEITNEHMER- DATENSCHUTZ STÄRKEN

Zu den Rufen nach einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz anlässlich neuer Bespitzelungsvorwürfe von Bahn-Bediensteten erklärt Silke Stokar: "Von den Ankündigungen der großen Koalition haben wir endgültig genug. Seit Monaten liegen die Kabinettsentwürfe zum Datenschutz in den Fraktionen und nichts geschieht, außer dass der Datenschutz in steter Regelmäßigkeit von der Tagesordnung des Innenausschusses abgesetzt wird. Es entsteht der Verdacht, dass Schäuble für seine großspurigen Ankündigungen keine Mehrheit mehr im eigenen Lager hat. Beim Thema Arbeitnehmer-Datenschutz überbieten sich die Mitglieder der Regierungsfractionen mit öffentlichen Forderungen, sie werden bald konkret handeln können. Der massenhaften Überwachung und Bespitzelung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

muss jetzt ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden."

KOALITION BLOCKIERT INFORMATIONSFREIHEIT

In ihrer Antwort auf unsere Anfrage teilt die Bundesregierung mit, dass die Zahl der Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern nach dem Informationsfreiheitsgesetz im Jahre 2008 auf 1.548 Anträge gestiegen ist. Im Jahr zuvor gab es nur 1.265 Anträge. Diese Entwicklung zeigt, dass dieses maßgeblich von Bündnis 90/Die Grünen unter Rot-Grün durchgesetzte Gesetz bei allen Schwächen zunehmend akzeptiert wird. Umso bestürzender ist aber, dass sich die Zahl der Ablehnungen von Anträgen auf Informationszugang von 247 im Jahre 2007 auf 536 Fälle im Jahre 2008 mehr als verdoppelt hat. Die Zahl der vollständig beantworteten Anfragen ging im gleichen Zeitraum von 681 auf 618 zurück. Bei den nur unvollständig beantworteten Anfragen stieg die Zahl wiederum von 128 auf 193. Diese überaus negative und von der Bundesregierung gewollte Entwicklung zeigt, dass die große Koalition dem Gesetz die Luft abdrehen will. Immer kleinlichere Verfahrenshürden und ein wachsender Unwille, das Gesetz zu befolgen, sind nicht länger hinnehmbar. Hier passt es ins Bild, dass die Bundesregierung und die große Koalition sich nicht einmal dazu durchringen können, den Bundesrat dabei zu stoppen, eine Sperre sämtlicher Informationen aus dem Bereich der Finanz-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht in das Gesetz zu schreiben. Die Bundesregierung tut alles, dieses Gesetz lahm zu legen und die Bürgerinnen und Bürger davon abzuschrecken, ihr Fragerecht zu nutzen. Dem entsprechend sieht sie auch keine Veranlassung, verstärkt für das Gesetz zu werben und die Internetseiten der öffentlichen Stellen so zu gestalten, dass die Menschen über ihre Rechte aufgeklärt werden.

POLITISCHE BILDUNGSFAHRT

Die nächste Bildungsfahrt nach Berlin findet im Mai 2009 statt. Anmeldung im Wahlkreisbüro.

SILKE STOKAR
silke.stokar@wk.bundestag.de
Tel.: 0511 30 66 52



DENK MAL ANS KLIMA!

Gut besuchte Veranstaltung der Grünen Ratsfraktion zum Thema "Denkmalschutz, Solarenergie und Wärmedämmung - Ein Spannungsfeld!?"

Der Erhalt denkmalgeschützter Bausubstanz sowie der Schutz des Klimas durch energetische Gebäudesanierung sind zwei wichtige stadtpolitische Ziele. Mit dem Klimaschutzaktionsprogramm hat sich die Landeshauptstadt Hannover in Übereinstimmung mit den Vorgaben der EU und den deutschlandweiten Klimaschutzziele der Bundesregierung eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zum Ziel gesetzt. Enorme Potenziale zur Minderung des CO₂-Ausstoßes liegen dabei in der Energieeinsparung im Gebäudebestand - und damit auch bei den Baudenkmalern. Immerhin ist in Deutschland nahezu jedes zwanzigste Haus denkmalgeschützt.

KOSTENFAKTOR ENERGIEEFFIZIENZ

Energieeffizienz ist zudem ein wesentlicher Aspekt der Wirtschaftlichkeit einer Immobilie. Vier Fünftel aller Kosten, die im Lebenszyklus eines Hauses entstehen, rühren nicht aus Bau oder Abriss, sondern aus dessen Nutzung. Und hiervon wiederum entfällt gegenwärtig die Hälfte allein auf die Energiekosten. Ein hoher Energieverbrauch und die daraus resultierende eingeschränkte Nutzbarkeit eines denkmalgeschützten Gebäudes können daher dessen Erhalt wesentlich erschweren, eine energetische Sanierung hingegen Voraussetzung für eine wirtschaftliche Weiternutzung sein.

Dennoch scheinen Denkmalschutz, erneuerbare Energien und energetische Sanierung häufig unvereinbar zu sein. So können Maßnahmen der energetischen Gebäudesanierung Bauschäden unterschiedlicher Art verursachen. Die vielfach für Neubauten konzipierten Bauvorschriften passen oft nicht für Baudenkmale und die pauschale Anwendung von Normen statt maßgeschneiderter Lösungen ist hier oft kontraproduktiv. Sehr deutlich wird dies vor

allem dort, wo Wärmedämmung die Altbauten und Denkmäler „einpackt“, ohne ihren architektonischen Eigenarten und ihrem vielfältigen Erscheinungsbild gerecht zu werden. Dabei bietet gerade die massive Bauweise der Altbaubestände bei Anwendung entsprechend angepasster handwerklicher Sanierungsverfahren auch auf lange Sicht die Gewähr zur nachhaltigen Energieeinsparung.

EIN SOLARDACH AUF DEM DENKMAL?

Neben den Fassaden stellen insbesondere die Dachlandschaften einen sensiblen Bereich für den städtebaulichen Denkmalschutz dar. Solaranlagen sind hier derzeit nur bedingt zulässig, weil eine Verunstaltung historischer Dachlandschaft befürchtet wird. Andererseits könnte eine ästhetisch gelungene Integration von Solaranlagen in Dächer und Fassaden von denkmalgeschützten Gebäuden aber auch zum Vorbild für die gesamte Architektur werden.

VERANSTALTUNG DER GRÜNEN RATSFRAKTION

Insgesamt stehen die Erkenntnisse zum Thema energieeffiziente Erneuerung von Baudenkmalern jedoch immer noch in den Anfängen. Die grüne Ratsfraktion hat daher am 5. März 2009 im Hodlersaal des Neuen Rathauses eine sehr gut besuchte öffentliche Veranstaltung durchgeführt, bei der die Problematik zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz dargestellt und nach Möglichkeiten für eine Auflösung dieser scheinbaren Gegensätzlichkeit gesucht wurde.

Mehr Informationen zur Veranstaltung findet Ihr auf der grünen Internetseite www.gruene-hannover.de unter Ratsfraktion.

MICHAEL DETTE
michael.dette@
hannover-rat.de



ENERGIE IM PRIVATHAUSHALT

Die Grünen der Wedemark luden zu ihrer ersten öffentlichen Sitzung in 2009 und informierten dort über die Isolierung von Altbauten und energieeffizientes Heizen.

Am 14. Januar 2009 hatten die Grünen der Wedemark zu ihrem ersten Treffen im neuen Jahr eingeladen. Das Thema des Abends war hoch aktuell: Energie im Privathaushalt. Etwa 25 BesucherInnen aus der Wedemark und Umgebung waren gekommen, um sich die Ausführungen der Firma EnSol und eines privaten Nutzers einer alternativer Heizanlage anzuhören.

Wind, Sonne und Wärmepumpen sind Begriffe mit denen die meisten von uns inzwischen etwas anfangen können. Aber wie so eine Anlage dann ganz konkret aussieht, was sie leisten kann und vor allem, welche Einsparungen möglich sind, das interessiert die Bürgerinnen und Bürger.

ALTBAUTEN ISOLIEREN

Die Firma EnSol hat sich auf Altbausanierung spezialisiert. Ungefähr 90 Prozent aller Privathäuser sind vor 1990 erstellt worden und damit älter als 20 Jahre. Viele davon sind sogar erheblich älter. Gut wärmeisolierte Fenster, Decken und Wände sind die erste Voraussetzung für einen sparsamen Energieverbrauch. Eine gute Isolierung spart nicht nur Energie, sondern trägt auch erheblich zum Wohlbefinden bei, das sich dann schon bei niedrigeren Temperaturen einstellt.

MODERNE HEIZANLAGEN

Nun zur Heizanlage, die aus vier Komponenten besteht: Erstens einer Luft-Wärmepumpe, zweitens Solartechnik in Form von ausrichtbaren Röhrenkollektoren, die ohne Mindestneigung auskommen, drittens ein Schichtenspeicher und viertens der Steuerung. Eine solche Heizanlage arbeitet mit einer Wärmepumpe, die der Luft Wärme entzieht. Zusätzliche Wärme liefert eine Solaranlage.

Mit einem Wasserspeicher wird Wärme gepuffert und das Brauchwasser erwärmt. Eine automatische Steuerung sorgt für eine

gleichbleibende Temperatur. Einsparmöglichkeiten von 50-70 Prozent der bisher eingesetzten Energiekosten sind möglich. Wichtig ist es außerdem zu wissen, dass es eine ganze Reihe von Fördertöpfen gibt, die bei der Finanzierung helfen. Die Kosten einer solchen Anlage betragen je nach Größe 20 000 bis 25 000 Euro.

HEIZEN MIT GRUNDWASSER

Nun wurde uns noch eine Heizanlage vorgestellt, die eine Familie aus Bissendorf/Wietze seit 30 Jahren betreibt. Auch hier ist das Prinzip die Wärmepumpe. Als Wärmequelle dient hier jedoch Grundwasser. Die Anlage arbeitet mit zwei Brunnen, die ca. 12 bis 14 Meter tief sind und das ganze Jahr über 10 bis 12 Grad warmes Wasser vorhalten. Mit Hilfe einer Wärmepumpe wird die Temperatur auf 30 bis 35 Grad angehoben und in den Wasserkreislauf der Heizungsanlage eingespeist.

Dieses ist also eine reine Heizanlage für eine Niedertemperaturheizung, wie es eine Fußboden- oder Wandheizung ist. Für das Wohnhaus von ungefähr 160 Quadratmeter und einen Kellerraum, die alle über Fußbodenheizung verfügen, fallen 1 200 Euro Stromkosten pro Jahr an. Dem Betreiber wird Nachtstromtarif gewährt, was eine Ersparnis von ungefähr 50 Prozent bedeutet und auch andere Stromverbraucher im Hause betrifft.

Diese Anlage, die eine Lebensdauer von 30 Jahren hat, kostet ungefähr 6 000 Euro. So wurde hier in der Waldsiedlung, die sich für Sonnenanlagen nicht eignet, also eine alternative Heizlösung mit dem hier reichlich zur Verfügung stehenden Grundwasser gefunden.

ANGELA KLINGRAD
klingrad.angelaruediger
@t-online.de



AUS DEM LANDTAG

FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE IST EIN POLITISCHER LACKMUSTEST!

Das Konjunkturpaket hat in Niedersachsen kaum erkennbare Kriterien, die für die Investitionen gelten sollen. Die von uns eingeforderte Energieeffizienz bei allen geförderten Maßnahmen ist nur Begleitgrün. Das wäre aber der entscheidende Dreh- und Angelpunkt um Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise gleichzeitig angehen zu können.

Im Kern geht es im niedersächsischen Regierungskonzept um die Reparatur von schwarzen gelben Versäumnissen aus der Vergangenheit, mit denen im Wahlkampfjahr 2009 noch schnell gute Stimmung gemacht werden soll. Der Bau von Mensen für Ganztagschulen und von Einrichtungen für frühkindliche Betreuung werden jetzt endlich möglich, aber sind dies nicht eigentlich ohnehin elementare Aufgaben und Ausgaben für die Daseinsvorsorge?

Aber wahrscheinlich sind diese verstärkten Anstrengungen jetzt auch deshalb bitter nötig, weil durch die von der Bundesregierung zugleich beschlossenen Steuersenkungen es gerade in den Ländern und Kommunen zu Einnahmeverlusten kommt. Für Niedersachsen sind allein aufgrund dieser Beschlüsse in 2009 114 Mio. Euro und in 2010 sogar 196 Mio. Euro Steuerausfälle errechnet worden. Das konjunkturell bedingte Einbrechen der Gewerbe- und Einkommenssteuer kommt als Belastung noch hinzu.

Deshalb braucht es uns Grüne in den Kommunen, die klar machen, wo Geld aus dem schuldenfinanzierten Konjunkturpaket in „Prestige- und Schubladenprojekten“ vergeudet wird. Aber vor allem braucht es uns, um die Investitionsmaßnahmen nach vorn zu bringen, die zukünftig Betriebskosten einsparen und in diesem Sinne nachhaltig (refinanzierend) sind, wie es im „Grünen New Deal“ zusammen gefasst ist. Mit diesem Konzept sind wir in den Wahlkämpfen dieses Jahres gut erkennbar

und vermitteln glaubwürdig, dass wir die Partei sind, die eine Generation voraus denkt und zur Verantwortung für die Nachwachsenden steht, weil grüne Investitionen zukunfts-sichere Jobs schaffen.

ABRISS ODER NEUBAU?

Mit der gleichen unreflektierten Gönnerlaune wie beim Konjunkturprogramm sind die Landesregierung und der Großteil der Opposition leider auch bei der Frage nach Abriss/Neubau oder Sanierung des Plenarsaalgebäudes am Werke. Der neueste Dreh, um die geschichtsvergessene Idee zum Abriss des Plenarsaals zu begründen, ist ein künstlich aufgeblähter Raumbedarf, der unmöglich in die jetzige Hülle passen kann.

Und das, obwohl die Anzahl der Abgeordneten durch eine Reform der Zusammensetzung des Landtags erst vor vier Jahren abgesenkt wurde. Enno findet es rechtlich und politisch skandalös, eine so gewichtige Entscheidung gegen geltendes Denkmalschutzrecht mit einer rechnerischen Verdoppelung des Platzbedarfes für Abgeordnete und Regierung durchsetzen zu wollen. Vergleicht man die Abstände der Sitzplätze im jetzigen Plenarsaal zum Beispiel mit denen im britischen Unterhaus, könnten wir die Fläche zukünftig sogar halbieren.

Diese Diskussion findet inzwischen bundesweit Beachtung und wird die Gemüter in Hannover und im Landtag sicher noch eine ganze Weile beschäftigen.

TAG DER OFFENEN TÜR

Passend zum Thema präsentierte die Grüne Landtagsfraktion beim Tag der offenen Tür im Landtag am 7. März ihren Beitrag "Besuchen Sie den Landtag, solange er noch steht", frei nach dem NDW-Hit "Besuchen Sie Europa...". Impressionen von dieser Aktion gibt es im Internet unter www.fraktion.gruene-niedersachsen.de

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
Tel.: 0511 3030-3308



40 PROZENT WENIGER CO₂ BIS 2020

Mit einem Klimaschutzrahmenprogramm will die Region Hannover die erfolgreiche Klimaschutzpolitik in Richtung eines integrierten Handlungskonzepts fortführen. Wichtig ist der grünen Fraktion dabei besonders gewesen, eine Verringerung des CO₂-Ausstosses bis 2020 um 40% gegenüber dem Stand von 1990 ausdrücklich zum Ziel der Region zu machen.

Das Klimaschutzrahmenprogramm soll die Grundlage für eine partnerschaftliche Kooperation zwischen Region, Städten und Gemeinden sowie weiteren Akteuren legen. Zu den 111 Zielen und Vorhaben der Region und ihrer Konzerntöchter, die in dem Programm benannt werden, gehören z.B. ein integrierter Verkehrsentwicklungsplan, die energetische Sanierung der Regionsgebäude über die Vorgaben der Energieeinsparverordnung hinaus, der weitere Ausbau der Windenergie sowie die regionalplanerische Berücksichtigung von Wärmenetzen.

AUFGESCHOBEN IST AUCH AUFGEHOBEN

Das Land will die Entscheidung über künftige Ausgleichszahlungen für die sog. Regionalisierungsmittel bis zum Herbst vor sich her schieben. Ohne eine verbindliche Zusage der Landesmittel muss die Region die angekündigten Kürzungen bei fünf Bus- und zwei Bahnlinien jedoch bereits ab März in den Bestellungen für 2010 bei den Verkehrsunternehmen umsetzen.

Für 2008 und 2009 hat das Land der Region nach Kürzungen von insgesamt 26,8 Mio. Euro noch jerd. 1,8 Mio. Euro zugewiesen. Ein Mehrfaches der Summe war jedoch 2007 durch die Neuverteilung der Mehrwertsteuer in der Landeskasse gelandet. Die Landesregierung ist daher in der Pflicht, uns den Wegfall der Regionalisierungsmittel zumindest im bisherigen Umfang auszugleichen, so wie das andere Bundesländer auch tun.

DER ÖKO-MIETSPIEGEL

Wie ein Mietspiegel energetische Komponenten aufnehmen kann, darüber informierte die Veranstaltung „Ökologischer Mietspiegel- eine Chance für einen transparenten Mietwohnungsmarkt in der Region Hannover“ am 20. Februar. Hintergrund: Die Regionsverwaltung erstellt für ihre 21 Kommunen einen Mietspiegel. Unter der Moderation von Brigitte Nieße diskutierten Reiner Wild (Mieterverein Berlin), Iris Behr und Christian Malottki aus Darmstadt (Institut für Wohnen und Bauen) mit mehr als dreißig ZuhörerInnen die Bedeutung eines energetisch differenzierten Mietspiegels.

In der Regel dienen Mietspiegel der Mietwohnungsmarkttransparenz. Auch wenn MieterInnen sich mit VermieterInnen über ungerechtfertigte Mieterhöhungen streiten, ist ein Mietspiegel vor Gericht ein Beweismittel erster Wahl. Darüber hinaus ist er ein geeignetes Kontrollinstrument, falls Mieten die ortsübliche Vergleichsmiete überschreiten. Maßgeblich für die Datenerhebung sind dabei sogenannte Wohnwertmerkmale wie Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage eines Hauses.

Reicht das heute noch aus? Unter Klimaschutzaspekten sollten sich in einem zeitgemäßen Mietspiegel energetische Komponenten niederschlagen. Nach Ansicht der ReferentInnen bietet sich das Wohnwertmerkmal der „Ausstattung“ an. In einem ersten Schritt könnte hier die Dicke der Dämmung eines Hauses, das Alter der Fenster und der Heizungsanlage aufgenommen werden und eine einfache energetische Ausdifferenzierung des Mietspiegels wäre bereits geglückt. Eine schrittweise durchgeführte energetische Ausdifferenzierung eines Mietspiegels wäre entscheidend für seine Akzeptanz, denn immerhin müssten 21 Kommunen ihr Einverständnis bei der Einführung geben. Sicherlich keine unlösbare Aufgabe, die alle Beteiligten aus der Veranstaltung mitnehmen konnten.

EURE REGIONSFRAKTION
gruene@region-hannover.de
Tel.: 0511 616 22 084

TEMPO 30 IN DER CITY

Höchstgeschwindigkeit in Hannovers Innenstadt soll reduziert werden

Grüne und SPD haben die Stadtverwaltung beauftragt, innerhalb des City-Rings die zulässige Höchstgeschwindigkeit des Verkehrs durch die Ausweisung einer oder mehrerer Tempo 30-Zone(n) zu reduzieren. Die bestehenden Lichtzeichenanlagen sollen dabei zur besseren Verkehrssteuerung stadtein- und auswärts sowie zum Schutz der FußgängerInnen erhalten bleiben. Nachdem in Hannover in den Wohnquartieren bereits flächendeckend Tempo-30-Zonen eingerichtet wurden, wird damit auch in der Innenstadt die Sicherheit für FußgängerInnen (insbesondere für Kinder) und FahrradfahrerInnen aber auch die Aufenthaltsqualität in der City weiter verbessert.

ZAHL DER UNFÄLLE SINKT

Die Vorteile von Tempo 30 als zulässige Höchstgeschwindigkeit sind dabei unbestreitbar. Nach Angaben des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sinkt die Zahl der Unfälle um mindestens 20 Prozent. So sollen beispielsweise in Hamburg in Tempo 30-Zonen die Zahl der Schwerverletzten um 37 Prozent, in Münster sogar um 72 Prozent zurückgegangen sein. Die Gründe dafür sind einleuchtend: Je langsamer ein Auto fährt, desto kürzer ist der Anhalteweg (die Summe aus Reaktions- und Bremsweg). Bei 50 km/h beträgt der Anhalteweg fast 28 Meter. Bei Tempo 30 kann ein Auto dagegen schon nach 13 Metern stehen. Die Wucht des Aufpralls steigt überdies im Quadrat der Geschwindigkeit. Die Gefahr schwerer Verletzungen bei Unfällen mit FußgängerInnen ist dadurch bei Tempo 50 drei- bis viermal so groß wie bei Tempo 30.

HÖHERE ATTRAKTIVITÄT FÜR RADVERKEHR

Mit Tempo 30 werden die Innenstadtstraßen für den Radverkehr sicherer und es wird damit noch attraktiver, mit dem Fahrrad in die Innenstadt zu fahren. Zwar nutzt die Bevölkerung der Stadt

Hannover bereits mehrheitlich umweltfreundliche Verkehrsmittel, um in die hannoversche Innenstadt zu gelangen: Laut der Ende Januar von der Verlagsgesellschaft Madsack vorgestellten City-Studie kommen 63 Prozent der Stadtbevölkerung per ÖPNV, 31 Prozent mit dem Fahrrad, 15 Prozent zu Fuß und nur 30 Prozent mit dem PKW in die City (bei maximal 2 möglichen Antworten). Aber auch dieser hohe Anteil umweltfreundlicher Mobilität in Hannover ist natürlich noch steigerungsfähig.

LÄRMBELASTUNG SINKT

Durch die Ausweisung großflächiger Tempo 30-Zonen sinkt neben dem Unfallrisiko auch die Lärmbelastung der Bevölkerung deutlich. Tempo 30 senkt den Lärmpegel um 3 dB(A), was das menschliche Ohr wie eine Halbierung der Verkehrsmenge wahrnimmt. Zwei Autos, die Tempo 30 fahren, sind so laut wie ein Wagen mit Tempo 50. Mit der Lärmreduzierung steigt auch die Aufenthaltsqualität in der City. Die Fußwege an den Straßen werden attraktiver für Freiluftgastronomie und animieren stärker zum einfachen bummeln oder flanieren. Qualitäten, die derzeit in der auf den Einzelhandel fixierten Innenstadt Hannovers noch zu kurz kommen.

HÖHERE WOHNQUALITÄT

Da die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Lärmreduzierung die City darüber hinaus auch als Wohnstandort stärkt, trägt die von Rot-Grün geforderte Temporeduzierung ganz im Sinne des inzwischen auch bundesweit beachteten Projektes „Hannover City 2020“ dazu bei, die noch vorhandenen Defizite der Innenstadt Hannovers bezüglich der Aufenthaltsqualität, der Verkehrssicherheit und als Wohnstandort weiter zu verringern.

MICHAEL DETTE
michael.dette@hannover-rat.de



... UND EWIG LOCKT DER ALKOHOL

Täglich steht es in der Zeitung, manche erleben es hautnah. Der Alkoholmissbrauch von Jugendlichen mit seinen zum Teil katastrophalen Auswirkungen ist aktuell ein wichtiges Thema in unserer Stadt.

Neben den Jugendlichen sind viele Akteure beteiligt. Die Flatrate-Partys einiger Disco-Betreiber haben wir in Hannover erfolgreich verbieten können. Das Programm „Mehr Fun, weniger Alkohol“ ist lange auf den Weg gebracht, die Region ist mit „hart am Limit“ dabei. Gemeinsam wird Präventions- und Aufklärungsarbeit geleistet. Doch auch die Eltern sind dringend gefordert. Zu deren ungeliebten Aufgaben gehört es, auf der Gradwanderung zwischen Toleranz und Strenge mit dem pubertierenden Nachwuchs die richtige Linie zu finden. Auf der anderen Seite steht die gesellschaftliche Akzeptanz von Alkohol und nicht zu vergessen die Wirtschaft, die damit Geld verdient, dass in Deutschland ordentlich getrunken wird.

In Hannover ist nun die Polizei mit ihren Alkoholtstkäufen durch Jugendliche in den Medien ganz groß rausgekommen.

Als grüne Jugendpolitikerin in Hannover bin ich gemeinsam mit dem CDU-Dezernenten Walter dafür, Alkoholwerbung zu verbieten und initiiere im kommunalen Kriminalpräventionsrat einen Arbeitskreis für ein Gesamtkonzept zum Thema Alkohol. Nach wie vor bin ich allerdings gegen Alkoholtstkäufe durch Jugendliche.

Es ist nichts Neues, dass es für Jugendliche ein Leichtes ist, an Alkohol heranzukommen, indem sie ihn in Geschäften, an Kiosken oder Tankstellen kaufen. Das wissen alle, die sich damit beschäftigen. Die Testkäufe der Polizei im hannoverschen Einzelhandel haben nun Zahlen dazu geliefert. Jugendliche vorzuschicken, um einen verbotenen Verkauf von Alkohol zu „testen“, verbietet sich eigentlich schon durch das Jugendschutzgesetz. Weiter ist es pädagogisch fragwürdig, junge Menschen so zu instrumentalisieren und es befördert ein Schnüffeltum, vor dem man nicht vorsichtig genug sein kann. Es sei alternativlos sagen

die Einen. Die Anderen fragen, warum man nicht mit dem gleichen Aufwand reale Verkäufe im Einzelhandel stichprobenartig überprüft. Konsequenzen bei wiederholter Nichteinhaltung des Jugendschutzes in Form von drastischen Bußgeldern für den Einzelhandel gehören hier genauso dazu wie die Konfrontation der jugendlichen Käuferinnen und Käufer und deren Eltern mit dem Thema.

Die Akzeptanz von Alkohol in der Gesellschaft – bei diesem Thema werde ich leicht zur Spaßverderberin: Wir trinken doch alle gern mal ein Gläschen. Wir kämpfen für die Gilde und einE WeintrinkerIn ist ein kulturbeflissener Feingeist. Es kommt eben auf die Menge an, auf das Maß halten – im wahrsten Sinne des Wortes.

Aber auf meine Frage, wie es mit einem alkoholfreien Tag auf dem Schützenfest wäre, werde ich komisch angeguckt („Schützenfest und kein Alkohol geht ja gar nicht“). Die Idee, der Oberbürgermeister möge doch beim berühmten Fassanstich mit alkoholfreiem Inhalt anzupfen, traue ich mich gar nicht, laut zu sagen. Dabei ginge es dabei ja gar nicht um Verbote, sondern um Akzente und Aufmerksamkeit für das andere – eben das Nicht-Alkoholische. Und das könnte ja auch Spaß machen.

Positive Signale sind überhaupt das Beste: Antialkoholische Getränke, die angesagt sind, antialkoholische Veranstaltungen, die der Renner sind, Einzelhandel, der verbotenen Alkoholverkauf an Minderjährige ächtet; Männer, die ohne Alk einfach besser sind...

Was spricht also noch gegen einen Oberbürgermeister, der das Schützenfest mit alkoholfreiem Bier eröffnet – angezapft iss!

INGRID WAGEMANN

ingrid.wagemann@hannover-rat.de



AUS DEM RATHAUS

RATSAKTION GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Auf Initiative der Grünen Ratsfraktion wurden die 65 Ratsleute vor ihrer Sitzung mit Schals "96 gegen Rassismus" ausgestattet und zu einem pressewirksamen Foto auf der Rathhaustreppe zusammengeführt. Damit zeigte der Rat symbolisch seine Haltung gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Zusätzlich verabschiedete er einstimmig eine interfraktionelle Resolution gegen Rechtsextremismus. Hierin wird betont, dass Hannover eine weltoffene Stadt mit über 170 Nationen und Kulturen und einer demokratischen Gesellschaft ist. Alle Menschen, gleich welcher Herkunft, Religion oder Nationalität, sollen sich in unserer Stadt wohlfühlen können. Für Rechtsextremismus ist hier kein Platz! Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Akteure zu unterstützen, um sichtbare Zeichen des Protestes zu setzen. Alle Menschen in unserer Stadt werden aufgerufen, sich den verschiedenen Protestaktionen am 1. Mai gegen Rechts anzuschließen.

GREEN IT AUCH IM RATHAUS

Mit dem von Rot-Grün initiierten Klimaschutzaktionsprogramm 2008-2020 wurde die Verwaltung auch beauftragt, ihre Beschaffungsordnung in Richtung energieeffizienter Technik zu verbessern. Demnach sind in Zukunft bei Beschaffungen energieeffiziente Geräte besonders zu berücksichtigen, zum Beispiel bei Ausschreibungen für Verwaltungs-PC's. In dem Zusammenhang ist zu begrüßen, wenn das CeBIT-Thema 'Green IT' in diesem Jahr fortgesetzt und ausgebaut wird.

MILLENIUM-ERKLÄRUNG ZU NACHHALTIGEM KOMMUNALEM ENGAGEMENT

Auf Grüne Initiative hin wird die Stadtverwaltung per Antrag aufgefordert, der Millenium-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städtetags beizutreten und im Sinne nachhaltigen kommunalen Engagements umzusetzen. Hierzu soll die Verwaltung über die

Millenium-Entwicklungsziele in kommunalen Einrichtungen wie z.B. Schulen sowie die allgemeine Öffentlichkeit informieren. Zum anderen sollen Möglichkeiten geprüft werden, wo die Verwaltung 'fair gehandelte Produkte' einsetzen kann, z.B. auf kommunalen Veranstaltungen. Hintergrund der Antragsinitiative sind die von den Vereinten Nationen im Jahr 2000 verabschiedeten Millenium-Entwicklungsziele für eine gerechtere Welt. Während ihre Umsetzung bis zum Jahr 2015 erfolgen sollte, wurde zwischenzeitlich festgestellt, dass eine Forcierung der Maßnahmen erforderlich ist, unter anderem mit Hilfe der Kommunen.

FORTFÜHRUNG DES MISBURGER BADES

Mit einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung durch die Stadt wird der Betrieb des Misburger Bades gesichert. Für Bildungseinrichtungen, Vereine, Kinder und Jugendliche ist es sinnvoll, ein ortsnahes Angebot zur Verfügung zu haben. Der ursprüngliche Betreiber s.a.b. war in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Firma optisport aus Holland ist als neuer Betreiber eingestiegen.

FERNWÄRME-AUSBAUPROGRAMM

Rot-Grün hat sich auf einen Ratsantrag verständigt, wonach die Stadtverwaltung gemeinsam mit den Stadtwerken ein Fernwärmeausbauprogramm erarbeiten soll. Ein Ausbau ist in Stadtteilen vorzusehen, wo auch in Zukunft ein hoher Wärmebedarf bestehen wird. Der Umfang des Ausbaus soll mindestens so groß sein, wie die Erweiterung des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes in Linden an Wärmeauskopplung zulässt. Mit der Fernwärmenutzung wird die in einem Kraftwerk zur Stromerzeugung eingesetzte Energie sehr effizient genutzt. Dies ist im Rahmen des Klimaschutzaktionsprogramms 2020 eine sehr sinnvolle Maßnahme.

EURE RATSFRAKTION
gruene@hannover-stadt.de
0511 168 454 33

VIER FÜR DEN BUNDESTAG

Am 27. September wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Grünen DirektkandidatInnen aus der Region Hannover stellen sich vor.

CAROLIN FRIEDEMANN

Grüne Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 42, Stadt Hannover I



Warum bist du bei den Grünen? Was willst du erreichen? – Diese Fragen stellte mir vor einiger Zeit ein sehr guter Freund, als die Frage der Direktkandidatur im Raum stand. Meine spontane Antwort: Ich identifiziere mich mit Grünen Inhalten, vor allem mit Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit. Mit dieser Antwort gab er sich nicht zufrieden. Noch während meiner Ausführungen war ich erschrocken darüber, dass ich einzelne Punkte unseres Grundsatzprogramms einfach so wiedergegeben habe. Dabei bin ich keine Freundin von Reden oder auch Bewerbungen für Parteipositionen, in denen einfach das wiederholt wird, was momentan Grüne Schwerpunkte sind. Die kann jedeR, die oder der sich dafür interessiert, nachlesen und wir Grünen kennen die Inhalte selbst hoffentlich sowieso.

Was bewegt mich denn dann, mich zu engagieren? Es sind vor allem zwei Punkte, die ich hier nur sehr knapp darstellen kann: Wenn ich eine Sache gut finde, engagiere ich mich, und ich liebe unseren Planeten. Das klingt pathetisch, aber so ist es. Ich finde es toll, im Grünen zu stehen und zum Beispiel ganz bewusst

wahrzunehmen, dass Frühling wird, wenn morgens auf dem Weg zur Arbeit die ersten Vögel zwitschern. Und das, obwohl ich in einer Großstadt wohne...

Ich möchte nicht, dass wir die Erde zerstören. Ich bin überzeugt davon, dass wir Grünen sehr gute Ideen haben, dies zu verhindern. Es ist natürlich nicht leicht, Ideale und Realpolitik zu vereinen, aber ohne Träume wäre das Leben ziemlich trostlos. Ich wünsche mir eine Welt, in der Menschen nicht verhungern müssen, obwohl vor ihrer Nase Lebensmittel produziert werden. Ich möchte, dass unser Planet für viele weitere Generationen lebenswert ist. Aber was hat das mit Hannover zu tun? Die Antwort: Alles. Wir leben in einer globalisierten Welt, alles hängt miteinander zusammen und Menschen hier wie anderswo sollen leben können, wie sie möchten. Dabei geht es nicht immer ohne Regeln – wenn wir unsere Umwelt schützen möchten, dann können Regeln auch helfen. Ein kleiner Traum von mir: Eine autofreie Innenstadt und Wohnviertel als shared space.

Dies ist nur ein kleiner Einblick in meine Grünen Themen. Darüber hinaus beschäftige ich mich intensiv mit Europa- und Frauenpolitik und seit einiger Zeit wächst mein Interesse am Bedingungslosen Grundeinkommen. Wie ich zu den Grünen gekommen bin, was und wo ich bisher in diesem Zusammenhang gemacht habe, könnt ihr entweder auf der Homepage des Stadtverbandes, auf meiner facebook-Seite oder per Mail bei mir erfahren.

CAROLIN FRIEDEMANN
friedemann@
gruene-hannover.de

DOROTA SZYMANSKA

Grüne Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 48, Hannover-Land II



Bei den Grünen bin ich seit Juni 2008. Mein oberstes Ziel ist die gesellschaftliche und politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Entstehung einer neuen Gesellschaft. Was mich am meisten bewegt und wofür ich mich stark im Wahlkampf engagieren werde, ist Politik für die Realitäten in unserer Gesellschaft.

Was ich damit meine? Ich denke an Millionen von Menschen in Deutschland, die einen so genannten „Migrationshintergrund“ haben. Zu diesen Menschen gehöre ich. Mit 21 Jahren aus Polen gekommen, habe ich eine von vielen Flüchtlingsbiographien in Deutschland durchlebt. Wenn das Thema Integration angesprochen wird, weiß ich aus eigener Erfahrung, wovon ich spreche. Ich kenne die Chancen aber auch die Schwierigkeiten von Integration. Daher setze ich mich für ein klares Verständnis in der Umsetzung einer humanitären, realitätsnahen und zukunftsorientierten Grünen Politik in diesem Bereich ein.

Während meiner Studienzeit der Pädagogik habe ich meine Biographie mit den Inhalten des Studiums verbunden. Schwerpunkte waren vor allem die Jugend-,

Frauen- und ZuwanderInnen-problematik, die deutsch-polnische Nachbarschaft, interkulturelle und politische Bildungsarbeit. Kinder, Jugend und MigrantInnen sowie deren Alltag, Probleme und Zukunftsperspektiven stehen seither im Zentrum meiner beruflichen und politischen Interessen.

Zur Zeit bin ich Fachreferentin für Kinder & Jugend und Migration in der Grünen Ratsfraktion in der Landeshauptstadt Hannover. Davor hab ich organisatorische und politische Erfahrungen in der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Landeszentrale für politische Bildung in Thüringen, der DGB-Jugend Hannover und im Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg gesammelt. Von 1998 bis 1999 habe ich mich am Institut für technologieorientierte Frauenbildung in Kassel zur Assistentin für internationales DV-gestütztes Kommunikationsmanagement weitergebildet.

Seit der Geburt meines Sohnes im Juli 1999 war ich als freie Journalistin bei Radio SBB Multi-Kulti in Berlin und Radio Flora in Hannover tätig, wo ich im Jahr 2000 das Projekt „Mehr Frau(en) ins Radio“ betreut habe. Bis heute arbeite ich in der polnischen Redaktion.

Ab Januar 2003 war ich im selbstverwalteten Frauenhaus Hannover tätig, wo ein hohes Maß an Offenheit für Menschen und Kulturen gefordert war und ich in Bereichen, wie Sozial- und Migrationsberatung wichtige Erfahrungen gesammelt habe.

DOROTA SZYMANSKA
szymanska@
gruene-hannover.de

MAARET WESTPHELY

Grüne Direktkandidatin im Bundestagswahlkreis 43, Stadt Hannover II



Der Wahlkampf hat begonnen. Dies zeigen nicht nur die eintreffenden Einladungen zu verschiedenen Veranstaltungen, sondern auch die steigende kommunale Präsenz meiner Konkurrentinnen, die sich ansonsten eher auf der bundespolitischen Ebene tummeln.

Seit Ende 2006 bin ich im Rat der Stadt Hannover und stehe vor allem für die grüne Gleichstellungs- und Frauenpolitik unserer Fraktion. Außerdem bin ich Mitglied im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie im Personal- und Organisationsausschuss. Ursprünglich waren es die lokale Friedensbewegung Anfang der 90er Jahre und die Arbeit in einem Dritte Welt Laden für globale Gerechtigkeit, die mich gesellschaftspolitisch aktiv werden ließen. Nach wie vor glaube ich daran, durch eigenes Handeln in kleinen Zusammenhängen einen Beitrag zu großen Veränderungen leisten zu können. Deshalb versuche ich, diese Inhalte in der parlamentarischen Arbeit in der Stadt Hannover umzusetzen, z.B. durch meinen Einsatz für eine nachhaltige Beschaffungspolitik. Immer wieder wird deutlich, dass vor allem Frauen – als diejenigen, die meistens den Lebensalltag der Familien organisieren – von einer profit- und wirtschaftsorientierten Politik negativ beeinträchtigt werden. Die nach wie vor existierende Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, verursacht Brüche im beruflichen Werdegang,

die viele Frauen dazu zwingt, Kompromisse einzugehen. Im Hinblick auf die Bezahlung ihrer Arbeit und der verminderten sozialen Absicherung kommt ihnen dies teuer zu stehen. Auch die Gleichberechtigung in Bezug auf Führungs- und Entscheidungspositionen ist immer noch nicht erfolgt. Die derzeitige mittelstandsorientierte Familienpolitik muss unbedingt durch eine sozialorientierte Sichtweise auf finanzschwächere Familien ergänzt werden. Auch die Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden und deren Kindern muss endlich ein Ende haben.

Aber auch politische Entscheidungen, die unter Beteiligung der Grünen beschlossen wurden, müssen weitergedacht werden. Im Hinblick auf die Reform des Arbeitsmarktes sehe ich es als problematisch an, dass der Anspruch nach wachsender Flexibilität der ArbeitnehmerInnen zum Motor für einen wachsenden Arbeitsmarkt schlechtbezahlter Minijobber - vielmehr Minijobberinnen (der Anteil an Frauen liegt weit über dem Durchschnitt) - geworden ist. Wir sollten uns fragen, ob dies die wünschenswerten Arbeitsverhältnisse in Deutschland sind - oder ob die staatlichen Anreize für eine gelungene Beschäftigungsförderung zukünftig nicht besser die Umwandlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse in prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs, Leiharbeit) verhindern müssen.

Nach vier Jahren großer Koalition und einer Nivellierung der bundespolitischen Entscheidungen auf dem kleinen gemeinsamen Nenner der großen Parteien will ich für mutige Entscheidungen in Bezug auf Klima- und Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit streiten. Ich freue mich auf einen engagierten Wahlkampf vor Ort!

MAARET WESTPHELY
westphely@
gruene-hannover.de

DETLEF KNAUER

Grüner Direktkandidat im Bundestagswahlkreis 44, Hannover-Land I



Seit fast 25 Jahren bin ich grünes Mitglied, weil ich damals wie heute von den vier Eckpfeilern grüner Politik überzeugt bin: Ökologisch, sozial, gewaltfrei und basisdemokratisch. Wenn wir es schaffen, diese Werte mit Leben und Inhalt zu füllen, werden wir im kommenden Wahlkampf auch die Wählerinnen und Wähler überzeugen können. Wir haben praktisch das Copyright für das Ökologische in der Politik. Zeigen wir den anderen Parteien, die versuchen uns zu kopieren und doch nur im Mainstream schwimmen, dass wir es ernst meinen!

Wir Grünen haben schon für eine soziale und gerechte Welt innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik gekämpft, als unsere „linke“ Mitbewerberin noch ganz anders hieß. Es waren doch Grüne, die bereits in den 80er Jahren die Bürgerrechtsbewegung in der DDR unterstützten und sogar direkt bei Honecker und Co. in Ostberlin dafür mutig eintraten. Wir sind die Partei der Bürgerrechte und der sozialen Teilhabe für alle. Wir stehen für Integration und Migration und haben dies kürzlich durch die Wahl von Cem Özdemir zum Vorsitzenden auch klar zum Ausdruck gebracht!

Im vergangenen November haben wir Grünen wieder tausendfach mit zivilem Ungehorsam und gewaltfreiem Protest der Atomlobby gezeigt, was wir von einem Backlash in der Atomfrage halten, nämlich gar nichts! Und

das werden wir auch im kommenden Wahlkampf sehr deutlich machen.

Und basisdemokratisch heißt für mich auch, verwurzelt zu sein in dem Ort und der Region, in der ich lebe, im Grünen Ortsverband und in Initiativen meine Lebens- und Berufserfahrung, Herz und Verstand mit einzubringen. Seit 2001 bin ich Vorsitzender des OV in Burgdorf, seit 2006 arbeite ich im Parteirat der Regionsgrünen Hannover mit. An meinem Wohnort Burgdorf habe ich das lokale Bündnis für Familien mitgegründet und arbeite hauptberuflich seit vielen Jahren in der beruflichen Bildung. Hier erfahre ich täglich den Zusammenhang zwischen mangelnder Bildung, Arbeitslosigkeit und Armut. Daraus folgt für mich, dass nur eine Stärkung der Jobcenter vor Ort verbunden mit einer Umsteuerung der gesamten Bildungs- und Sozialpolitik eine soziale und gerechte Teilhabe für alle ermöglicht.

Ausgehend von meinen politischen und beruflichen Erfahrungen sehe ich daher programmatisch meine Schwerpunkte in der Sozial-, Jugend- und Familienpolitik sowie der Arbeitsmarktpolitik.

Die Landtagswahl in Hessen hat das aktuelle Superwahljahr mit einem Superergebnis für uns und einem Desaster für die beiden sogenannten „großen“ Parteien eröffnet. Sorgen wir dafür, dass dies der Auftakt für weitere Erfolge ist, an deren Ende ein Wechsel in Berlin steht.

Gemeinsam mit Euch möchte ich dafür kämpfen, grüne Inhalte wieder mehrheitsfähig werden zu lassen und mit einer starken Fraktion im Bundestag dritte Kraft zu werden, an der die anderen Parteien nicht vorbei können!

DETLEF KNAUER
knauer@
gruene-hannover.de

Nicht nur die Schulstrukturreformphase II sollte in der Vergangenheit Grundlage für eine sinnvolle und Ressourcen orientierte Schulplanung der Stadt sein. Der in den zurückliegenden Jahren immer wieder angekündigte kommende Schülerrückgang (laut Prognoserechnung von 2006 bis 2011 rund 2 Prozent in der Sekundarstufe I) veranlasste Verwaltung und Politik, sich über dadurch möglicherweise entstehende Spareffekte im Bereich der weiterführenden Schulen Gedanken zu machen und Ideen dazu kreativ auszuloten. Spätestens nachdem dieses Papier mit Planungen bis 2015 erarbeitet und im Rat der Stadt beschlossen worden war, wurde klar, dass dies auch für Grundschulen möglich und sinnvoll wäre.

Erfreulicher Weise hatte man bis dahin das Thema damit entschuldigend vor sich her geschoben, dass Grundschulen nicht gleichwertig mit weiterführenden Schulen zu behandeln wären, wegen ihrer wichtigen pädagogischen Grundlagenarbeit, die besonderen Bedingungen und auch politischen Interessen unterläge. Die Vorstellungen von Schule liegen, wie allen bekannt ist, nicht nur in weiterführenden Jahrgängen sehr weit auseinander (Dreigliedrigkeit contra IGSn) und gestalten sich von daher als derzeit großes noch zu lösendes Problem. Vor allem auch im Grundschulbereich fehlt es an einem klaren zukunftsorientierten Konzept, das eine realistische Planungsgrundlage für die nächsten Generationen darstellt. Das hatte man durchaus dabei erkannt und auch, dass dies eine nötige Basis ist, um Beschlüsse zu Fortführungen, Schließungen oder Ausbauten im Bereich der Grundschulen fassen zu können.

SCHRUMPFNEDE SCHÜLERZAHLEN

Nun sind die Entwicklungen und ist die Situation leider schneller als Verwaltung und Politik mit einem Konzept. In so mancher Grundschule sind Anmelderrückgänge zu verzeichnen, bei einzelnen bis zur dauerhaften Einzüchtigkeit, mit der Gefahr auch dies noch zu unterschreiten.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Geschichte der Grundschule Marienwerder, die von einer Schülerzahl von 103 im Jahre 2007 auf 86 Schüler in 2008

EIN SUDOKU, DAS NICHT AUFGEHEN WILL

REGINE KRAMAREK, SCHULPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN RATSFRAKTION, ÜBER DIE SCHULPLANUNG IN HANNOVER

geschrumpft war. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Fest steht, dass hier auch schon bei Schülerzahlen knapp über 100 um eine Schließung herumdiskutiert wurde, da abzusehen war, dass sich die Schule in zukünftigen Jahren von einer Einzüchtigkeit nicht erholen würde. Das Besondere an diesem Standort gegenüber einer Grundschule mit ähnlichen Voraussetzungen und Problemen (Grundschule am Goetheplatz) ist, dass hier ein riesiger Gebäudekomplex nur halb genutzt wird und dass ein nachweislich ausgearbeitetes pädagogisches Konzept zur Begründung der Fortführung einer „Kleinstschule“ leider völlig fehlt.

AUFLÖSUNG DES STANDORTS MARIENWERDER?

Es ist also nachvollziehbar, dass die Verwaltung in Marienwerder

den Vorschlag zur langsamen Auflösung dieses Standorts machen wollte, zumal sich durch die geringe Schülerzahl mit einer reduzierten Lehrkräfteversorgung auch Ganztags schulbetrieb mit entsprechenden regelmäßigen Angeboten nicht wirklich realisieren und ein Ausbau dafür somit schwer zu argumentieren ließe. Schließlich gibt das Land immer noch keine Gelder hinzu, um dafür Kräfte oder Raum zuzukaufen.

Die Stadt puzzelte also weiter an ihrem Sudoku, dessen Zahlengruppen sich bislang zum Glück ohne große Probleme zusammenfanden. Die Grundschule Havelse liegt für die Kinder aus Marienwerder maximal 1,7 Kilometer weit entfernt und böte eine echte Alternative (dann 260 Schüler). Hier hatte sich allerdings ein Fehlerteufel eingeschlichen:

Die Kombination der Zahlengruppen ging plötzlich nicht mehr auf. Zum einen hatte das mitten im Verfahren unter Denkmalschutz gestellte Gebäude hier neue Voraussetzungen geschaffen und zum anderen haben Erkenntnisse zu mangelnder Struktur in der gesamten Grundschulplanung große Teile der Politik dazu bewogen, vorerst alles so zu lassen wie es ist.

Insgesamt hat dieser ganze Prozess um diese besondere Grundschulthematik über ein Jahr gedauert. Viele Köpfe haben sich heiß gedacht und kalt geredet, Schulen und Eltern haben sich kämpferisch eingesetzt, alles, um dann zu dem Ergebnis zu kommen: Ohne ein konkretes Formulieren von grundlegenden Strukturen im Bereich der Grundschulen funktioniert eine einvernehmliche Gestaltung dieses Bereiches eben nicht!

KOMMUNALES BILDUNGSKONZEPT

Auch wenn es azyklisch zu den allgemein sinkenden Schülerzahlen erscheint, wollen hier Schulen erhalten werden, ungeachtet der damit verbundenen Kosten, Raum- oder Lehrkräftekapazitäten.

Ein schlüssiges, erklärendes und übergreifendes Grundsatzkonzept ist also der sich daraus ergebende Schrei. So massiv die Auseinandersetzungen auch waren, so erfreulich ist letztlich dieses Ergebnis: Keine Grundschule in Hannover wird mehr in Frage gestellt werden, bevor nicht ein kommunales Bildungskonzept erarbeitet ist, das Schule und Jugendhilfe so verknüpft, dass ein Ganztagsbetrieb ungeachtet der Größe, ein Zukunft bringendes Kombinat aus qualitativen Angeboten in allen notwendigen Bereichen darstellt, wie z.B. Betreuung, Erziehung und Bildung und die notwendigen Gelder (inklusive Lehrkräfteversorgung) dafür entsprechend vorhält.

Eine Notwendigkeit, die sich in der Geschichte „Marienwerder“ als überreif entpuppte. Schade nur, dass Marienwerder hier das Aschenputtel in diesem Märchen spielen musste.

EQUAL PAY DAY

Info- und Diskussionsveranstaltung

Am 20. März 2009 findet zum zweiten Mal in Deutschland der Equal Pay Day statt. An diesem Tag soll auf die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern aufmerksam gemacht werden. Die Gründe sind vielfältig, ebenso reichen die Maßnahmen, um eine Gleichwertigkeit zu erreichen, von kleinen Korrekturen über eine grundlegende Veränderung im Entlohnungs- und Arbeitsbewertungssystem bis hin zur Berücksichtigung von

Lebensläufen (z. B. Kindererziehungszeiten). Unter dem Motto „Fair p(l)ay – neue Spielregeln für die Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt der Zukunft“ könnt Ihr von der Arbeitsgruppe Hannover am 20. März 2009 ab 12:00 Uhr auf dem Opernplatz in Hannover mehr erfahren.

Neben anderen Frauen wird auch die Grüne Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 43 (Stadt Hannover II), Maalet Westphely, zum Thema sprechen.



REGINE KRAMAREK

regine.kramarek@hannover-rat.de



Was haben Klimakatastrophen in den USA mit der Karl-Wiechert-Allee in Hannover zu tun? Eine ganze Menge, wie Enno seit seinem Besuch des Firmensitzes der Hannover Rück weiß. Dort nahm der „Associate Director“ Stefan Schulz den hannoverschen Abgeordneten und wirtschaftspolitischen Sprecher der grünen Fraktion im Niedersächsischen Landtag in Empfang, um ihm das Unternehmen vorzustellen. Die Hannover Rück, 1966 als „Aktiengesellschaft für Transport und Rückversicherung“ gegründet, gehört zu den Weltmarktführerinnen unter den Rückversicherungen. Sie verfügt über ein Anlagevolumen von 20 Milliarden Euro und ist mehrheitlich im Besitz der hannoverschen Talanx AG.

WER VERSICHERT EIGENTLICH DIE VERSICHERUNGEN?

Zuerst erläuterte Stefan Schulz, was genau eine Rückversicherung eigentlich macht. Vereinfacht dargestellt ist eine Rückversicherung eine Versicherung für Versicherungen. Und hier kommen wir wieder zur Eingangsfrage, was eine Klimakatastrophe in den USA mit der Karl-Wiechert-Allee zu tun hat. Als im August 2005 der Hurrikan Katrina in den südöstlichen Teil der USA verheerende Schäden angerichtet hat, kamen auf die Versicherungen riesige Schadenssummen von 40 Milliarden Euro zu. Unzählige Versicherte hatten Schäden an ihren Häusern und ihrem Eigentum zu beklagen. Um für extreme Schadensvolumen wie bei dieser Naturkatastrophe aufkommen zu können, sind Versicherungen über die Rückversicherungen abgesichert, um zumindest einen fest definierten Teilbetrag, der ihre eigenen Kapazitäten übersteigt, erstattet zu bekommen. Zentrale Funktion der Rückversicherungen ist damit, zu mehr Stabilität des Versicherungsgeschäfts beizutragen, damit dieses auch Extremsituationen überdauern kann.

STANDORT HANNOVER

Die Hannover Rück betreibt alle Sparten der Schadens-, Personen- und Finanz-Rückversicherungen und unterhält Geschäftsbeziehungen mit über 5.000 Versicherungsgesellschaften in rund 150 Ländern. Weltweit arbeiten etwa 1.800 MitarbeiterInnen bei dem Unternehmen, davon 900 am

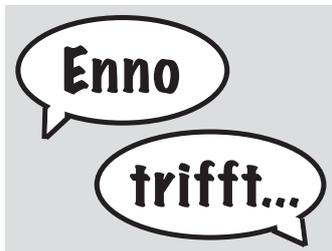
HANNOVER RÜCK

Enno Hagenah besuchte einen der weltweit führenden Rückversicherer mit Stammsitz in Hannover.



STEFAN SCHULZ VON DER HANNOVER RÜCK IM GESPRÄCH MIT DEM GRÜNEN LANDTAGSABGEORDNETEN ENNO HAGENAH
FOTO: JAN HAUDE

Stammsitz in der Karl-Wiechert-Allee. Wie alle Unternehmen unterliegt die Hannover Rück einem starken Standortwettbewerb. Dass eine Verlegung des Stammsitzes in ein Land mit geringeren Steuerbelastungen als die Bundesrepublik nicht in Frage kommt, liegt allein an den MitarbeiterInnen. Diese lassen sich nicht so ohne weiteres in „Steuerparadiese“ wie die Bermudas zwangsumsiedeln - und auf ein ausreichendes und gut ausgebildetes Personal ist das Unternehmen angewiesen. Ein zentraler Hebel, um die Hannover Rück am Standort zu halten, ist daher eine gute Bildungsinfrastruktur und eine hohe Lebensqualität für die MitarbeiterInnen in Hannover. Nicht allein durch die Arbeitsplätze, sondern auch in finanzieller Hinsicht ist die Hannover Rück wichtig für die Landeshauptstadt. 5 bis 10 Prozent der gesamten Gewerbesteuererinnahmen der Stadt



in finanzieller Hinsicht ist die Hannover Rück wichtig für die Landeshauptstadt. 5 bis 10 Prozent der gesamten Gewerbesteuererinnahmen der Stadt

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES STADTVERBANDES

Am Samstag, den 21. März 2009, findet um 11:00 Uhr im Freizeithaus Linden die Mitgliederversammlung des Grünen Stadtverbandes Hannover statt (Saal 18, Windheimstraße 4, 30451 Hannover). Themen werden der Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der Haushalt des Stadtverbandes und der Europawahlkampf 2009 sein. Aber auch mit den Aktivitäten gegen Rechts vor und am 1. Mai werden wir uns beschäftigen.

Die Mitglieder des Stadtverbandes erhalten zu dieser Versammlung eine offizielle Einladung. Weitere Infos zum Programm sind online unter <http://www.gruene-hannover.de/sv> zu finden.

Wir freuen uns auf eine interessante Mitgliederversammlung mit euch!

kommen von der Hannover Rück. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen finanziell in der hannoverschen Kunstszene, etwa im Sprengelmuseum und der Musikhochschule. Um die eigene Klimabilanz zu verbessern, beteiligt sich Hannover Rück am Stadtprogramm „Ökoprofit“ und leistet Klimaausgleichszahlungen für alle Geschäftsflüge. In dieser „wertkonservativen Unternehmensphilosophie“ erkannte Enno durchaus Affinitäten zur grünen Programmatik. Allerdings waren ihm auch die riesigen bislang ungenutzten Dachflächen des Unternehmens als gelernter Architekt aufgefallen, die gerade im Bereich der Energiegewinnung noch einiges an Potential böten.

PRAKTIKUMSPLATZ FÜR ENNO HAGENAH

Angeregt durch die Diskussion hat Enno sich bei seinem Besuch gleich um eine intensivere Hospitation im Zuge der Aktion „Seitenwechsel“ der grünen Landtagsfraktion in der Abteilung beworben, die die Risiken kommender Krisen und Naturkatastrophen abschätzt. Mit aufwendigen Modellen berechnet die Hannover Rück dort zum Beispiel die Wahrscheinlichkeit und die zu erwartenden Schadensvolumen im Zuge des Klimawandels. In einem Zyklus von ein bis zwei Jahren werden hierzu jeweils neue, aktualisierte Berechnungsmodelle eingekauft, auf deren Basis Risiken abgeschätzt und die Versicherungsprämien verhandelt werden.

NÜCHTERNER UMGANG MIT DEM KLIMAWANDEL

Zum Klimawandel hat das Unternehmen daher einen ungewöhnlich nüchternen Umgang. Er wird schlicht eingepreist und sorgt durch das erhöhte Risiko von Naturkatastrophen für höhere Gewinne durch steigende Versicherungsprämien. Problematisch würde es allerdings, wenn die Risiken immer unkalkulierbarer werden und plötzlich massenhaft eintreten. Dann könnte bei ungenauer Vorausprognose auch den Rückversicherern in finanzieller Hinsicht irgendwann das Wasser bis zum Hals stehen.

ENNO HAGENAH
enno.hagenah@
lt.niedersachsen.de



DU BIST HANNOVER

HANNOVER AKTIV PASS



ES GEHT LOS – HANNOVER-AKTIV-PASS ZUM 1. AUGUST!

Günstig ins Theater, zum Malkurs, zum Sport gehen oder auch mal den Sprachkurs bezahlen können? Für Vergünstigungen und Rabatte keinen Bescheid mehr an der Kasse vorzeigen? Dies und noch viel mehr bekommen alle HannoveranerInnen, die Sozialhilfe oder Hartz IV-Leistungen beziehen, demnächst mit dem Hannover-Aktiv-Pass. Besonders Kinder und Jugendliche können demnächst mehr erleben: Der Hannover-Aktiv-Pass ermöglicht ihnen, an Angeboten aus den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Freizeit teilzunehmen. Informationen gibt es bei der Grünen Ratsfraktion unter Tel. 0511 168 42561 oder gruene@hannover-stadt.de

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Jan Philipp Albrecht, Brigitte Deyda, Dieter Albrecht, Jan Haude, Herbert Hoppe, Carolin Friedemann, Norman Seibert, Dirk Musfeldt, Christopher Bodirsky, Jeanette Weinrich, Silke Stokar, Dietmar Beck, Michael Dette, Angela Klingrad, Maaret Westphely, Enno Hagenah, Mark Meißner, Dorota Szymanska, Ingrid Wagemann, Günter Wulfert, Detlef Knauer, Regine Kramarek, Ruth Wenzel, Gabriele Bartoszak, Ronald Schütz und Christian Günther (V.i.S.d.P.).

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 0511-1316224.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier.

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 0511-96546-0

Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im August 2009.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover

Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 8418700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

T E R M I N E

10.03. SolidaRegion-Workshop Kita, Grünes Zentrum, EG	18:00	27.04. AG Organisation & Personal, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	15:00 Uhr
11.03. Frauen-AG, Frauen-Treffpunkt	17:00	27.04. „Nazis in Europa“, Pavillon, Lister Meile 4	17:00
16.03. AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	27.04. AG Soziales, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:00
17.03. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:15	28.04. Grüne Leinwand Spezial: „Stolperstein“, Apollo-Kino Linden	18:00
18.03. AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:00	28.04. AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:30
19.03. Grünes Planungstreffen gegen Rechts, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	19:00	29.04. Workshop Demorechte mit Silke Stokar, FZH Linden	18:00
20.03. Equal Pay Day, Kundgebung, Opernplatz	12:00	30.04. AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00
21.03. Mitgliederversammlung Stadtverband, FZH Linden	11:00	01.05. Demonstration gegen den geplanten Neonaziaufmarsch	
24.03. Treffen der StadtteilgruppensprecherInnen, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	17:30	04.05. AG Bauen, Wohnen, Verkehr, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00
24.03. Offenes Wahlkampftreffen, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:30	07.05. Delegiertentreffen zur BDK, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	19:00
24.03. AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:30 Uhr	08. - 10.05. 30. Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Berlin	
26.03. Regionspartei, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	19:00	11.05. AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00
27.03. Diskussion zum Delegiertenverhalten, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	17:00	14.05. Wahlkampfveranstaltung mit Reinhard Bütikofer	
13.04. „Rock gegen Rechts“ Party der Grünen Jugend, Béi Chéz Heinz	21:00	17.05. Autofreier Sonntag und Solarfest in Hannover	10:00
16.04. Mitgliederversammlung Regionsverband, Üstra-Remise, Goethestr. 9	18:30	19.05. Wahlkampfveranstaltung mit Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit	
18./19.04. Plakatierwochenende Stadtverband, Alte Speicherstr. 7	ab 10:00	19.05. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:15
20.04. AG Kultur, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00	20.05. AG Schule, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:00
21.04. AG Kinder & Jugend, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:15	26.05. AG Sport, Senior-Blumenberg-Gang 1, EG	18:30
23.04. Offenes Wahlkampftreffen mit Wahlkampftraining, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:30	28.05. Regionspartei, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	19:00
24.04. Der Grüne New Deal, Diskussion mit Sven Giegold, Mensa der IGS Langenhagen,	18:00	04.06. AG Umwelt & Energie, Senior-Blumenberg-Gang 1, UG	18:00
24.04. Grüne Leinwand Spezial: „Stolperstein“, Apollo-Kino Linden	18:00	07.06. Europawahl	

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de

DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND HERZLICH WILLKOMMEN!

